

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.  
Preis vierpfenniglich durch  
die Post bezogen 1,20 RM.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 4482.

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die 3 geplat.  
Zeile.  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.

# Der Proletarier

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey.  
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

### Wer hat seine Extrabeiträge nicht gezahlt?

Die Erhebung der im Februar 1926 ausgeschriebenen zwölf Extrabeiträge begann am 7. März. Bis zum 1. Juli sollte jedes Mitglied seine Extrabeiträge geleistet haben. Für Arbeitslose und Kurzarbeiter waren Ausnahmen vorgesehen. Leider haben viele Mitglieder es nicht für nötig erachtet, ihre Pflicht zu tun, sie haben bis heute entweder nur einige oder gar keine Extrabeiträge geleistet. Diesen unsolidarisch Handelnden gegenüber muß erneut und mit Nachdruck betont werden, daß die Extrabeiträge als Pflichtbeiträge gelten. Mitglieder, die ihre Extrabeiträge bis zum 1. Juli nicht oder nicht vollständig entrichtet haben, obwohl die in der Ausschreibung vorgegebene Rücksichtnahme für sie nicht in Frage kommen konnte, können keine Unterstützungsansprüche an den Verband stellen, so lange sie ihrer Pflicht nicht genügt haben. Wer nicht Solidarität übt, darf Solidarität auch nicht beanspruchen.

Es kann zugegeben werden, daß die Schuld an der lässigen Zahlung der Extrabeiträge nicht in allen Fällen die Mitglieder allein trifft. Es gibt zweifellos Verwaltungsmitglieder, die selbst nicht den nötigen Pflichten entschlossen haben bei der Erhebung der Extrabeiträge. In solchen Zahlstellen und Orten ist es gut, wenn solidarisch denkende Mitglieder auf die Einziehung der Extrabeiträge drängen. Jedes Mitglied kann in die Lage kommen, Verbandsunterschüsse in Anspruch nehmen zu müssen. Dann ist es doppelt schwer, wenn die nichtgeleisteten Extrabeiträge von der Unterstützungssumme in Abzug gebracht werden. Vor dieser unangenehmen Situation sollen sich Ortsverwaltungen und Mitglieder schützen. Das können sie, wenn die Extrabeiträge eingezogen resp. bezahlt werden, solange die Mitglieder Arbeit und Einkommen haben.

Der Haupvorstand, als das ausführende Organ der Verbandsinstanzen, die die Extrabeiträge beschlossen haben, erwartet von den lässigen Ortsverwaltungen, daß sie ihre Pflicht erfüllen und für die Einziehung der Extrabeiträge sorgen. Von den säumigen Mitgliedern erwartet er, daß sie sich ihrer solidarischen Pflicht bewußt werden und die längst fälligen Extrabeiträge abführen.

### Die vier Lebensfragen des Tarifvertrages.

Auf dem jüngst abgehaltenen Kongreß des Deutschen Bergarbeiterverbandes hielt Professor Hugo Sinzheimer einen Vortrag über die Grundrechte und Grundsprüche aus den Tarifverträgen. Er behandelte vorzüglich die vier Fragen des Tarifvertrags, welche heute das Rechtsleben erschüttern und es von Tag zu Tag in eine unruhigere Lage bringen. Sehr beachtenswert sind die Sätze, mit denen Professor Sinzheimer die Behandlung dieser vier Fragen einleitete: „Der Kampf um den Tarifvertrag“, so führte er aus, „ist ein Rechtskampf geworden, und es gibt nicht nur Konjunkturen für die Wirtschaft, sondern auch für die Rechtsauslegung. Wenn der Wind nach links weht, finden wir eine ganz andere Auffassung der Gesetze. Die Gesetze sollen aber doch einen feststehenden Inhalt haben. Juristen wissen aber: das Gesetz ist ein Stoff, der geknetet werden kann. Dies können wir nicht aus der Welt schaffen. Henke stehen wir in dem Stadium, daß an den Rechtsgrundlagen mächtig geknetet wird.“

Die erste Frage des Tarifvertrags bezieht sich auf dessen Unabdingbarkeit, derzufolge kein Arbeitgeber mit dem Arbeitnehmer abweichend von den Bestimmungen des Tarifvertrags einen Arbeitsvertrag abschließen darf, der Kollektivvertrag geht vor. Nun hat die Mehrzahl der Gerichte in letzter Zeit eine merkwürdige Auffassung sich zu eigen gemacht. Der Arbeitgeber sagt: Falls ihr Arbeiter nicht zu niedrigeren Löhnen arbeiten wollen, müßt ihr infolge der schlechten Konjunktur entlassen werden. Die Gewerberichter sagen aber: Es heißt in der Tarifordnung: Abweichend von den Tarifbedingungen können günstigere Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber vereinbart werden. Es ist aber für den Arbeitnehmer günstiger, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, als auf der Straße zu liegen. Auf diese Weise kann trotz des Prinzips der Unabdingbarkeit der Tarifschah herabgedrückt werden. In dieser Rechtsprechung liegt aber ein Kneken des Rechtes vor, das, wenn allgemein anerkannt, dem Tarifvertrag den letzten Boden entzieht. Hier handelt es sich um die Krisenfrage eines Tarifrechts überhaupt, und Professor Sinzheimer fordert, daß gegen diese „Konjunktur des Tarifrechts“ Front gemacht werde. Die zweite Streitfrage betrifft die Tarifschäigkeit. Die Arbeitgeber möchten in Zeiten schlechter Konjunktur einen verbindlichen Schiedsspruch, der ja

einen Zwangstarifvertrag darstellt, gern loswerden. Dies versuchen sie derart, daß die Arbeitgeberverbände in ihren Sitzungen aufnehmen, daß sie keine Tarifverträge abschließen berechtigt sind, oder aber schweigen sie über diesen Punkt. Dann kann ihnen, so meinen sie, kein Zwangstarifvertrag diktiert werden. Dieser Auffassung gegenüber, die nach den Ausführungen Professor Singheimers gegen den Geist der Reichsverfassung verstößt, hat das Reichsgericht bereits entschieden, daß, wenn in den Statuten nichts darüber steht, der Verband zweifellos doch einen Tarifvertrag abschließen kann, wenn er nur Arbeitgeberverband ist. Die Entscheidung, ob nun der Arbeitgeberverband Tarifverträge abschließen kann, auch wenn in seinen Sitzungen das Gegenteil festgelegt ist, ist bisher vom Gericht noch nicht gefällt worden. Eine schwere und heikle Frage ist weiter die des Tarifbruchs, der Verletzung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden Verpflichtungen seitens der Arbeitnehmer. Heute ist die den Tarifvertrag abschließende Gewerkschaft dafür unbeschränkt verantwortlich und muß unter Umständen Schadenersatz leisten. In dieser Frage ist die Lage scharf gespannt: entweder schließt man keinen Tarifvertrag ab, dann ist man völlig frei, oder man fängt an, Tarifverträge abzuschließen, dann stellt man sich unter die Ordnung, die diese Verträge sichern. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, wenn die Gewerkschaften dafür eintreten, daß die heute unbeschränkte Haftung beschränkt wird. Keineswegs darf man sich aber vor der Behandlung dieser Frage drücken. Zum letzten erwachsen Schwierigkeiten aus der sogenannten Wiedereinstellungsklausel. Falls nach einem beendigten Arbeitskonflikt die Wiedereinstellung der Arbeiter unter gewissen Bedingungen vereinbart wird und sich dann der Arbeitgeber später weigert, sämtliche Arbeitnehmer wieder einzustellen, kann der Arbeitnehmer nach der bestehenden Rechtsprechung sich nicht gegen den zügernden Arbeitgeber, sondern nur gegen den Arbeitgeberverband wenden, damit dieser dahin wirke, daß seine Mitglieder die Arbeiter wieder einzustellen. Lebt der einzelne Arbeitgeber das ab, so steht der Arbeiter vor der Tasche, daß eine Klage gegen den Arbeitgeberverband überhaupt keinen Zweck hat. Hier muß die Gesetzgebung einzutreten, um den juristischen Widersinn, der gegen Treu und Glauben zweifellos verstößt, aus der Welt zu schaffen. Der ADGB beschäftigt sich bereits mit einer solchen Reform der Wiedereinstellungsklausel.

Es seien hier noch die beherztensten Schlüsse des Professors Sinzheimer wiedergegeben: „Es geht um das Recht des lebendigen Menschen. Im Tarifvertrag handelt es sich um Klassenkampf in übersehrter, verfeinerter Form, aber — Klassenkampf. Darüber sind wir uns alle klar. Wie das Recht gehandhabt wird, ist nicht nur eine Sache des Wortlauts der Gesetze, es ist eine Angelegenheit der Macht — der Macht, die hinter den Gesetzen steht. Die beste Interpretation ist die bestorganisierte Macht. Wenn die Macht stark ist und Einfluß hat und ihre Interessen zielbewußt, versündnisvoll wahrschneinen kann, dann habe ich keine Angst, daß das Schlichtungsgesetz von unserem Standpunkt aus falsch interpretiert werden könnte. Macht geht nicht vor Recht. Das darf nicht der Fall sein. Aber Macht muss hinter Recht stehen, damit das Recht Recht werde.“

### Der Kampf um die Arbeiterseele.

Viele deutschen Unternehmer haben Jahrzehntelang, namentlich aber in der Zeit des stärksten Aufstieges der Industrie, durch rücksichtslose Ausbeutung der Industriearbeiter ungeheure Raubau an der Arbeitskraft der Schaffenden vollzogen. Heute beginnt im Unternehmerlager eine neue Geistesrichtung Boden zu fassen mit dem Ziel einer grundlegenden Umwälzung des heutigen Arbeitsverhältnisses.

Diese neue Einstellung ist allerdings nicht getragen von Humanität oder sozialer Einsicht im Unternehmerlager, sondern wird einzig und allein bestimmt von dem nach kapitalistischem Denken folgerichtigen Bestreben, eine noch größere Ausbeute an menschlicher Arbeitskraft zu erzielen. Die Impulse hierzu verdanken die deutschen Kiernahmern ebenso wie das Problem der Nationalisierung den Amerikanern, die auf ihre Weise bestrebt sind, auf dem Gebiete der Betriebs- und Arbeitsorganisation freie neue Wege zu finden.

Die Erkenntnis, daß es mit der industriellen Ausweitung des rein motorisch angewandten Muskelapparates, der „menschlichen Arbeitsmaschine“ nicht gefaßt ist, sondern daß der körperlich arbeitende Mensch, im Gegenzug zu den technisch hochstehenden Arbeitsmaschinen und Apparaten auch noch ein gewisses Etwas besitzt, das ihn über die Tierkraft hebt und seinem Willen erst einen höheren Sinn und Zweck gibt, wird das man mit dem Begriff Seele (Psyche) umschreibt, veranlaßt die Industrieherrn, neue Mittel und Wege zu suchen, um die Psyche der Menschen dem Arbeitsprozeß resp. dem Gewinnstreben dienstbar zu machen. Man hat durch viele Untersuchungen und Experimente herausgefunden, daß gerade jene seelischen Momente es sind, die im Arbeitsprozeß eine sehr große Rolle spielen, eine ganz neue Wissenschaft ist bereits um die Klarung dieser Probleme entstanden und die

Forscher sind weiter bemüht, die Zusammenhänge und die Gezeuge zu ergründen, unter welchen menschliche Arbeit im Produktionsprozeß geleistet wird. Besonders ist es den Forschern darum zu tun, festzustellen, wie bei bewußter Anwendung der gewonnenen Resultate der Nutzen für den menschlichen Arbeit gezeigt werden kann.

Bei Inangriffnahme dieser Methoden haben die deutschen Unternehmer sehr bald herausgefunden, daß sie zu diesem Zweck die alsgewohnten Gleise verlassen müssen, wenn überhaupt ein Erfolg erzielt werden soll. Eine Umstellung auf Seiten der Unternehmer ist Voraussetzung zum Gelingen. Grundlegend muß diese Änderung erfolgen auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik. Auf keinem anderen Gebiete hat das deutsche Unternehmertum so schwere Sorgen begangen wie auf diesem.

Heute müssen die Unternehmer eingestehen, daß die Arbeiterpolitik, die sie in der Vergangenheit zu treiben beliebten, nicht zum Segen der Gesamtwirtschaft geworden ist. Zwischen Unternehmer und Betrieb auf der einen und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite ist eine Kluft gewachsen, die innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht mehr überbrückt werden kann. Dazwischen so ist, bezeugt kein Geringerer als der allgewaltige Herr Generaldirektor Bögler, der diesen offenen Barkeroff der Arbeiterpolitik des Unternehmertums auf der Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute im Mai 1923 zu Bonn erklärte mit den Worten:

„Vorbeigegangen sind wir an dem wichtigsten Faktor jedes Produktionsprozesses, dem Menschen.“

Damit hat Bögler den wahren Kern des Zwiespaltes zwischen den heutigen Weltanschauungen des Kapitalismus und des Sozialismus berührt. Noch näher aber kommt er dem Problem mit folgenden Ausführungen:

Aber die Einsichten unter uns und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage festgefahren sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Beratern und Unternehmern, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir am keinen Schritt weiter gekommen sind. Die große Masse unserer Arbeiter und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten, steht dem Werke und dem Prozeß im Werke stand, sogar feindlich gegenüber.

Was hilft es, wenn wir uns bemühen, die Hüttentriebe und Sie, meine Herren, sie's von dem hohen Stand der Technik zu unterrichten?

Was hilft es, wenn Sie die Kenntnisse, die Sie gewinnen, richtig schnell in die Tat umsetzen, wenn ein so gewaltiger Faktor, wie die Arbeiterschaft, nicht innerlich an Ihrer Arbeit teilnimmt?

Damit erklärt dieser Vertreter und Wortführer der deutschen Schwerindustrie die von den Gewerkschaften schon immer vertretene Ansicht: Der Mensch ist der wichtigste Träger des Produktionsprozesses, er ist die eigentliche Seele desselben. Wo der schaffende Arbeitssinn mangelt, gibt es keinen technischen und industriellen Aufstieg, ohne ihn ist eine Wirtschaft unmöglich. Mit der Bejahung dieser Tatsache, die auch von den Industriellen nicht mehr gelehnt wird, hängt aber die logische Folgerung zusammen, daß wer die Werte schafft, der maßgebendste Träger der Produktion ist, auch der eigentliche Nutznißer dieser Werke sein müßte.

Ist dem nun so? Hat der arbeitende Mensch entsprechend seiner überaus wichtigen Stellung in Produktion und Wirtschaft den Rang inne, der ihm gebührt? Wenn wir den tieferen Zusammenhängen nachspüren, dann sehen wir, daß einzig und allein die durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingte Stellung zu den Produktionsmitteln den Zwiespalt ergab. Ausbeiter und Ausgebiente können keine tieferen gemeinsamen Interessen im Sinne des Unternehmertums haben, der Kampf um Lohnanteil und um den Inhalt des Arbeitsvertrages wird keinen dauernden Gleichgewichtszustand zulassen.

Da nützt alles Jammern der Industrieherrn und ihrer Führer nichts. Ist es ihnen wirklich ernst mit ihren Versuchen, den seelischen Zusammenhang auf die Spur zu kommen und die Kluft zwischen Arbeiter und Betrieb (Unternehmer) zu überbrücken, dann sollten sie zweckmäßigerweise einmal mit ihren Erkenntnissen unmittelbar bei sich selbst beginnen. Dafür würde sicher der Schlüssel zu den heutig bestehenden gespannten Verhältnissen in der Industrie zu finden sein. Eine Arbeiterschaft, die man Generationen hindurch brutal unter das Joch der wirtschaftlichen Übermacht gebengt hat, deren bescheidensten Willen zu einem Eigenleben, zu einem Recht auf Menschsein im Keime zu erschicken man versucht, kann nicht anders sein, als wie sie heute ist. Sie ist das Produkt einer verschlieflichen Arbeiter- und Sozialpolitik, die Industrie und Staat in der Vergangenheit getrieben haben. Minderwertigkeitsgefühle, Angst um die wirtschaftliche Existenz, keinerlei entscheidendes Wohlseinsmungstrech in der Vergangenheit, haben große Teile der modernen Industriearbeiter abgeschnitten mit dem Verlauf.

Aus der drückenden Qual des vom Unternehmer einseitig diskutierten Arbeitsebens ist der Hass, die Feindschaft gegen den Betrieb, die Säfte der Produktion, entwachsen, die der Arbeiter als Mittel zu seiner Ausbeutung in der Hand des Unternehmers betrachtet und aufs engste mit dessen Person verbindet.

Aus der drückenden Qual des vom Unternehmer einseitig diskutierten Arbeitsebens ist der Hass, die Feindschaft gegen den Betrieb, die Säfte der Produktion, entwachsen, die der Arbeiter als Mittel zu seiner Ausbeutung in der Hand des Unternehmers betrachtet und aufs engste mit dessen Person verbindet.

Am deutlichsten kommt lechterer Umstand zum Ausdruck in den Betrieben der Großindustrie, wo eine sichtbare Bevölkerung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber überhaupt nicht mehr stattfindet. Hier bleibt der eigentliche Arbeitgeber, der Dividenden beziehende Aktionär, in einem unbekannten Dunkel verborgen, höchstens die vollziehenden Organe, Direktoren, Meister usw., treten in den Geschäftskreis des Arbeitnehmers. Hier fühlt der Arbeiter höchstens an Stelle des Verwaltungseins mit dem Betrieb einen starken Zwang, eine Macht, in deren Hahn ihn seine gänzliche Entblößung von Mitteln um die Existenz treibt.

Sinn und Zweck der Wirtschaft und der Produktion sind so wie geschildert durch die Schuld des Unternehmertums in den Gesichtswinkel des Arbeiters gerückt worden und lassen bei diesem in den weitaus meisten Fällen nur das Gefühl aufkommen, weiter nichts als ein Anhänger, ein beliebiges Rad im ungeheuren Getriebe des Arbeitsprozesses zu sein, das jederzeit nach Belieben durch ein anderes erweitert werden kann. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Beziehungen zwischen Arbeiter und Betrieb locker sind, sie müssen und können aber gar nicht anders sein, wenn der Arbeiter fiktivisch Gelegenheit hat, zu beobachten, wie locker das Arbeitsverhältnis von Seiten des Unternehmers gewertet wird, der in Zeiten guter Konjunktur große Teile von Arbeitssuchenden in den Betrieb einstellt und ebenso in Zeiten wirtschaftlicher Krisen erbarmungslos Massenentlassungen vornimmt. Daß diese Verhältnisse heute bestehen und das gesamte industrielle Leben mit einer ständigen Unruhe erfüllen, ist nicht Schuld der Arbeiterschaft. Damit ist ein Sachverhalt gekennzeichnet, der dem Wirtschaftsleben und der Arbeiterschaft unserer Tage seinen Stempel aufdrückt.

Dieses abgerissene Band der Beziehungen zwischen Arbeiter und Betrieb soll nunmehr wieder angeknüpft werden. Der Mensch soll seelisch mit seiner Arbeit vertrauen, um Höchstleistungen vollbringen zu können. Nicht mehr mit dem Körper, mit der Muskelkraft allein will sich die Industrie begnügen, restlos mit seinem ganzen menschlichen Sein soll der Arbeiter der Industrie nutzbar gemacht werden. Das Endziel dieser Bemühungen ist die Herstellung einer alles umfassenden vollkommenen Werkstatt im einkauf zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen die sich kein Außenstehender, insbesondere aber keine Organisation, die nach Ansicht der Unternehmer, ein werkstremdes Gebilde ist, zu drängen hat.

Der Plan ist nicht schlecht. Unter dem Motto: „Kampf um die Seele unserer Arbeiter“ hat sich innerhalb der maßgebendsten Kreise der Großindustrie, namentlich aber in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Hütten-Industrie ein Kreis von Industriellen und Fachleuten auf psychotechnischem und arbeitsorganisatorischem Gebiet zusammengefunden. Unter der Leitung von Generaldirektor Albert Böglor soll in großzügiger Weise versucht werden, diese Probleme in die Praxis umzusetzen. Unter dieser Leitung wurde das Institut für Technische Arbeitsschule (Dinst) in Düsseldorf gegründet, das von der Großindustrie finanziert und mit Lehrkräften versorgt wird. Leiter dieses Institutes ist Oberingenieur Karl Arnhold von der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G.

Was will nun dieses in solch großem Format aufgezogene Institut? Das Programm sieht vor:

1. Durchführung von Menschenökonomie in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft, insbesondere a) psychotechnische Ausbildung und Eingruppierung von Lehrlingen, Arbeitern und Beamten; b) Herausbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, Werk- und Industrieschulen sowie Erziehung derselben durch Turnen und Sport; c) praktische Schulung von anzustellenden Arbeitern und Arbeitern sowie Spezialarbeitern in anderen Werkstätten. Theoretische Schärfung zu tun. Systematische Hinleitung zum wirtschaftlichen Denken und zur Werkgemeinschaft durch Werkszirkel; d) Erziehung der Arbeiterinnen sowie der Töchter von Werksangehörigen zu hauswirtschaftlicher Tüchtigkeit; e) produktive Fürsorge bei alten und invaliden Arbeitern durch Schaffung von Alters- und Invalidenwerkstätten.
2. Förderung und Betreuung auf dem Gebiete der Menschenökonomie.
3. Praktische Ausführung der erforderlichen Einrichtungen in den Betrieben sowiejugendliche Überwachung und späterer Abschluß.
4. Herausbildung von Führern und Unterführern: a) Organisations-Ingenieure zur Führung von Einheiten; b) Ausbildung-Ingenieure für Werke und Säder; c) Werksleiter und Lehrer; d) Ausbildungspersonal an Meistern und Vorarbeitern.

Besonders bezeichnend für den Geist, von dem das Institut gefragt sein soll, ist die Art der Organisation und Betreuung. Sie ist wie folgt ausgebaut:

1. Innere Organisation: Ein Kreis von führenden Herren aus Industrie, Bergbau und Landwirtschaft bildet den Betriebsrat, welcher einen aus drei Herren bestehenden geschäftsführenden Ausschuß ernnt, nach welchen Beurteilungen die Institutsleitung arbeitet. Für die einzelnen Betriebszweige werden Sonderausschüsse gebildet, in denen die führenden Herren dieser Zweige Sitz und Stimme haben.
2. Äußere Organisation: a) Das Deutsche Institut arbeitet zusammen mit den Fachvereinen und dem Kongressverein sowie in Einvernehmen mit dem Deutschen Arbeiterschaftsamt für Berufsbildung (Arbeitsförderungsausschuß), gebildet vom Arbeitsrat der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Deutschen Gewerkschaftsverband für technisches Gewerbe. b) In Deutschland werden Arbeitsgruppen je Einheiten geschafft. Jede dieser Gruppen erhält einen Organisations-Ingenieur, der die Pläne des Instituts und dessen allgemeine Richtlinien sowie nach den Tendenzen und Bedürfnissen der einzelnen Industriezweige und Werke beratend tätig durchgeführt zu hat. Diese Organisations-Ingenieure bleiben in ihrer Stellung in die gesamte Arbeitsmarktpolitik von jedem herauß, insbesondere steht dieser das Recht der Versetzung und Abberufung zu. Auch ist die Stellung der Ausbildung-Ingenieure gesetzt.

Karl Seeger

der Streiks in unserem Mitgliederkreise wesentlich herabgesetzt werden. Die Schilder der Gewerbeverhinderungsgefechtsmittel an den verfeindeten Objekten haben ja ebenfalls die Zahl des Prozentages höchstiger Brandstiftungen ebenso herabgesetzt.

Aus der Nummer 69 (Dezember-Nummer 1925) des „Industrie-Schau“, Zeitung des Deutschen Industrie-Schuhverbandes.

In dieser wichtigen Anprallung des Industrie-Schuhverbandes, Sitz Dresden, kommt bestimmt nicht das Gefühl der Sicherheit und Sicherheit zum Ausdruck. Und es ist wirklich nicht viel los mit dieser Streikenschädigungsorganisation, die nebenbei „unter neutraler Flagge“ Flugblätter und sonstige Druckschriften an die Arbeiterschaft und „namentlich an die Betriebsräte“ verschickt. Diese lichtscheue Methode kennzeichnet die Organisation und ihr Aufklärungswerk.

Am 8. Juli tagte die 21. Generalversammlung des Industrie-Schuhverbandes. Da wurde auch eine Vermögensübersicht gegeben. An Jahresbeiträgen und Eintrittsgeldern wurden 1 600 000 Mk. vereinnahmt. Die Entschädigung an streikbetonten Unternehmer betrug im Jahre 1925 ganze 1 065 600 Mark. Es ist noch ein Vermögensbestand von 698 000 Mk. in das Jahr 1926 herübergezogen worden. Besonders imponierend sind die Beträge nicht für den Industrie-Schuhverband. Mit solchen Summen ist nicht viel zu schlagen und für Streiks zu entschädigen. Da die Zahl der entzündeten Streikfälle im Jahre 1925 sich auf 2330 belief, entfallen auf einen bestreiken Unternehmer ganze 457 Mark. Das ist ja eine geradezu gewaltige — Bagatelle. Allerdings, Kurt Grünzner, der Generaldirektor, sagt: „Die hohe Entschädigungssumme wurde . . . durch die längere Dauer der Streiks bedingt.“

In seinem Geschäftsbericht teilte der Generaldirektor (schon dieses Wort wiegt schwer) Kurt Grünzner mit, daß die Mitgliedsnummer (nicht Mitgliederzahl) von 13 165 auf 14 829 gestiegen sei. Die durch Austritte entstandenen Lücken gibt er nicht an, er sagt nur:

„Leider sind infolge der bekannten systematischen Anfeindungen einer anderen Organisation eine große Anzahl von Mitgliedern zum Austritt veranlaßt worden.“

Es besteht also theoretisch die Möglichkeit, daß bei einer Mitgliedsnummer von 14 829 überhaupt nur noch ein einziges Mitglied vorhanden ist.

Der Generaldirektor erläutert — nach seinen Ausführungen — in der längeren Dauer der einzelnen Streiks eine Verdunstung. In den Jahren 1918 bis 1923 betrug sie durchschnittlich 13 Tage, im Jahre 1925 dagegen 38 Tage. Und nun sagt Grünzner:

„Die längere Streikdauer ist an sich zwar, von dem finanziellen Standpunkt der Beteiligten und dem der Gesamtwirtschaft aus gesehen, natürlich zunächst ungünstig, aber sie wirkt erzieherisch. Und darin liegt ihr Wert. Der Arbeitgeber und der Arbeitgeber, die einen langandauernden Streik durchgemacht haben, werden vielmehr bestrebt sein, ihre Interessen gegenläufig durch ruhiges, vernünftiges Abwarten und Verhandeln auszugleichen, als daß sie es ohne weiteres auf den immerhin zweifelhaften Ausgang eines Streiks ankommen lassen.“

Da Grünzner seine Unternehmer kennt, muß er ja auch wissen, daß sie sehr oft „zu hig es und verträumt“ Abwegen vermissen ließen. Herr Grünzner soll aber auch nicht vergessen, daß seine Freunde, die Herren Syndiz, sehr oft einen Ausgleich der Streikenden verhindern und zum Kampf treiben, weil sie einmal Besseres nicht zu tun haben und zweitens sich zu gern in der Pose des Siegers sehen.

Wie die kurzen Darlegungen beweisen, wird der Industrie-Schuhverband mit seinen paar Ticken die Welt nicht aus den Angeln heben.

## Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1925.

Die an das Jahr 1925 gehäuftste Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Selbstzüchtigkeitsgefäß ansteigende, lädt die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 156 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände vermehrte sich von 41 auf 49. Der Verband der Chorsänger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AfA-Bund an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 49 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die Kassenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen unbedenklich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen, und damit ist auch die Beitragsentnahme erheblich gewachsen. Die Beitragsentnahme betrug 147 526 001 Mk. gegen 97 037 600 Mk. im Vorjahr. Von der Jahresentnahme 1925 kommen 136 256 640 Mk. auf Beitragsleistungen. Die Gesamtentnahmen beliefen sich auf 125 874 003 Mk. Für Unterstützungen wurden 33 042 727 Mk. für Lohnabregungen, Streiks und Unterstützungen 29 636 900 Mk. für Verbandsorgane und Bildungszeitschriften 5 968 770 Mk. und für Agitation, Generalsammlungen, Verbündungen usw. 21 723 250 Mk. veranschlagt. Die Ausgaben für Unterhaltung und gegen das Vorjahr um 22 698 116 Mk. und für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 Mk. geplante. Die Verwaltung erforderte eine Ausgabe von 35 422 386 Mk. Davor entfielen 29 340 684 Mk. auf die Ortsverbände und 6 081 702 Mk. auf Verbandsverbände, und der übrige Teil auf die Zentralverbände. Unter dem Einfluß der gebeutelten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterhaltungen an den Gesamtentnahmen gänzlich geworden, während andererseits die Beitragsentnahmen unbedenklich geblieben. Von je 100 Mk. der Gesamtentnahmen werden für Unterhaltungen veranschlagt 25 26 Mk., dagegen 1924 14,98 Mk. Von den Unterhaltungsausgaben kamen auf Arbeitslosenaufenthalte 13 814 291 Mk., Krankenunterstützung 14 130 206 Mk., Arbeitsunterstützung 1 084 564 Mk., Sterbefallunterstützung 1 727 188 Mk. und auf die übrigen Unterhaltungen 2 236 395 Mk.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichneten die Ortsverbände des ADGB. Ihr Bestand war besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen worden. Japanische haben viele Ortsverbände, die die Tätigkeit einzustellen wünschten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 107 167 Ortsverbänden festgestellt, von denen 1914 bestanden. Diese waren am Ende des Jahres 11 163 Gewerkschaften ange-

schlossen. Von der Statistik wurden erfaßt 8 355 952 Mitglieder. Darunter 803 858 männliche und 117 094 weibliche.

Die größeren Ortsauschüsse verfügen über recht bedeutende und für die Gewerkschaften verhältnismäßig Einrichtungen. In 147 Orten befinden Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 im Eigentum der Ortsauschüsse befinden. In ihnen sind meistens Versammlungsraum, Bureau und Restaurants eingerichtet. In 15 befinden sich Hotelbetriebe und 28 sind mit Herbergen verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenkommen der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind Rechtsberatungsstellen der Ortsauschüsse. Im Berichtsjahr unterhielten 115 Ortsauschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate arbeiten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberverwaltungsämtern anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsgericht wird von der Reichsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftsstellen, die reichsweitlich verstreut wurden. 43 Ortsauschüsse unterhielten zur Erledigung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. Auf dem Gebiet des Bildungswesens enthalten die Ortsauschüsse eine hervorragende Tätigkeit. In 998 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Beitragsleistungen für die Ortsauschüsse haben sich im Berichtsjahr sehr gehoben. Insgesamt vereinbarten die an der Statistik beteiligten Ortsauschüsse 1925 2 587 610 Mk., davon 2 057 681 Mk. aus Beiträgen. Die Gesamtentnahmen beliefen sich auf 2 328 504 Mk. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Kostenaufwand von 700 938 Mk. und für Bildungs- zwecke wurden 349 184 Mk. verausgabt. Die Arbeitersekretariate erhalten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Die Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 Mk. Davon kamen aus Staatskassen 20 638 Mk. und aus Gemeinde- und Kreiskassen 58 220 Mk. 9350 Mk. wurden von anderen Körperschaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzierung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland maßgebenden gewerkschaftlichen Arbeitsergebnisse hingewiesen.

## Verschiedene Industrien

### Zur Entwicklung der Spielwaren-Industrie

II.

Lange Zeit arbeitete man an der Verflüssigung der Papiermache. Alle Versuche sind gescheitert. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts gelang die Verflüssigung. Einmal die Idee der Haushaltspapiere zu helfen. Er verwendet als Gussmasse das leicht flüssige zu machende Wachs. Aus Wachs wurden um das Ende des 19. Jahrhunderts Puppenköpfe und Früchte gegossen. Diese Gussart ist auf Grund seines leicht zerbrechlichen Materials wieder aus der Produktion ausgeschaltet worden. Es wird nur in der Art beibehalten, daß man das gefärbte flüssige Wachs zum Ubergießen von Puppenköpfen, die aus Papiermache hergestellt sind, verwendet. Da alle sonstigen Gussversuche scheiterten, blieb die Papiermache Siegerin auf der ganzen Linie. Es gibt fast keinen Artikel, zu dem Papiermache nicht Verwendung findet.

Die Erfindungskunst in der Spielwarenherstellung schreitet immer weiter und prägt sich immer mehr aus. Hatte man früher nur tote Artikel hergestellt, so geht man immer mehr dazu über, in die inneren Körperteile der Artikel die verschiedensten Stimmen oder sonstigen Mechaniken einzusehen, erst in primitiver Art. So stellte man in der ersten Zeit dieser Stimmenfindungsperiode eine Stimme (Bal) her. Wenn man auf den Körper des betreffenden Artikels, in welchem die Stimme eingefügt war, drückte, gab derselbe einen quiekenden Laut von sich. Später machte man auf diesem Gebiete ganz gewaltige Fortschritte. Stimmen, die „Mama“ riefen, wurden in die Puppen eingefügt. Zug man an einer aus dem Körper herausgehenden Schnur, so gab die Puppe den Lauf „Mama“ von sich. Die erste primitive Mama-Stimme war geschaffen, die sich so entwickelt hat, daß der früher mit einer Schnur herbeigeführte Lauf heute schon durch die geringste Bewegung der Puppe erkönnt. Auf dem Gebiete der Tierfiguren war die Entwicklung dieselbe. Erst primitiv, heute zur staunenswerten und höchsten Potenz entfaltet. Der Beruf des Stimmenmachers hat sich von diesem Gesichtspunkte heraus entwickelt. Neben ihm haben sich noch viele andere Berufssarten herausgebildet.

Jammer mehr spezialisierte sich die Spielwarenherstellung. Fast jede Familie stellte einen anderen Artikel her. Jeder hatte eigene Arbeitsmethoden. In der Mitte des letzten Jahrhunderts gingen die Verleger dazu über, ihrem Verlag Fabrikbetriebe anzugliedern und Massenartikel herzustellen. Die Einführung der Eisenbahnen, der Ausbau des Seeverkehrs ließ den Verleger in ständiger Fühlung mit dem Weltmarkt bleiben. Durch diese Tatsache konnte er sich immer neue Absatzgebiete erringen. Die Nachfrage nach Spielwaren wurde daher immer größer. Das ist erklärlich, denn diese Artikel waren für den Weltmarkt zunächst etwas Neues. Eine Konkurrenz war vorläufig nicht vorhanden. Und so wuchs sich die Thüringer Spielwarenindustrie zum alleinigen Belieferer der Welt mit Spielsachen aus. Eine Monopolstellung wurde geschaffen und von den Verlegern reichlich ausgenutzt.

Die Entstehung der Fabrikbetriebe durch Angliederung an den Verlag wurde von den Spezialarbeitern jedoch nicht so leicht hingenommen, wie sich das manche vorstellen. Der Kampf zwischen den Verlegern und den Spielwarenherstellern begann. Er ging so weit, daß die Gesetzgebung des Herzogtums Meiningen eingriff. Stillich schreibt 1899 darüber:

Wenn man diese Entwicklung historisch verfolgt, so erkennt man, daß sich der Großbetrieb nur unter heftigen Kämpfen durchgesetzt hat. Er hatte von vornherein die Tendenz, sich mit dem Verlag zu verbinden. Diese Neigung hat die Gesetzgebung lange zu verhindern gelacht. Bis zur Einführung der Gewerbefreiheit 1862 war durch ein Statut von 1789 den Kaufleuten die Fabrikation von Spielwaren verboten. Bereits in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts betrieb eine Reihe von Kaufleuten das Fabrikantengeschäft. Sie verlegten nicht nur die Ware ihrer Handelsfirmen, sondern sie ließen selbst große Mengen von Spielwaren in eigenen Fabrikwerkstätten anfertigen. Damit begann der Kampf gegen den zunehmig organisierten Kleinbetrieb. Der Verleger zögerte keinen Augenblick, die alten Schranken zu durchbrechen, den Kleinbetrieb zu unterminieren,

## Aus dem Jahresbericht des Industrie-Schuhverbandes.

Wir haben wiederholte Male Mitglieder aus die Seite hingerufen, die ihnen das Fabrikanten der vor uns zur Verfügung gestellten Industrie-Schuhverbanden zu schaffen hielten und welche die Schäden anrichten würden, so wurde die Zeit-

Damit war in die Stellung der letzteren Bresche geschlagen, und durch diese hielt der Großherzog seinen Einzug.\*

An anderer Stelle schreibt der genannte Verfasser:

Es ist menschlich bestreitlich, daß sich die Cöster dieser Entwickelung zur Opfer lassen. Im Jahre 1848 kam ihr Soh gegen den sich jugendlich ausbrechenden Großbetrieb in seiner ganzen elementaren Gewalt zum Ausdruck. Sie sollten alle Kaufleute Sonnenbergs dem Erdboden gleichgemacht werden, deren Inhaber durch Einführung eigener Tugendkunst, welche durch nicht zünftige Soldaten überwältigt wurden, das Soldatenzwerbe erlitten. Mit Hilfe könnten damals die Zöglinge ihrer Verwüstung durch die ausgeregte Bevölkerung vorbeugen. Darauf wurde am 11. Juli 1849 (mit einem Nachtrag vom 31. März 1853) ein Stotz für die plastischen Gemalde des Verwaltungsbezirks Sonnenberg erlassen, das den letzten Druck gegen die sich wachstoll handbrechende Entwicklung bedeutet. Im Artikel 2 heißt es, daß sein Kaufmann zugleich Fabrikant sein kann! Das war der letzte ohnmächtige Prozeß. Bald war die alte zünftige Verfassung gesprengt und der Großbetrieb blieb als Sieger auf dem Kampfplatze zurück. Alle diejenigen, die sich seinerzeit gegen ihn empörten, sind heute seine Sklaven.

Nach Stillig hat der Großbetrieb in der Spielwarenindustrie Süddeutschlands nach 1853 gesiegt. Von jenem Zeitpunkt an wird die Fabrik ebenfalls Produktionswerkstätte für Spielwaren. Es waren in erster Linie die „Puppen“, die in den Fabriken hergestellt wurden, während man die übrigen Artikel noch der Hausindustrie zur Anfertigung beließ. Zu einem vollständigen, von der Hausindustrie unabhängigen Betrieb hat sich der von dem Verleger geschaffene Betrieb jedoch nicht emporschwingen können. Die Hausindustrie war in jener Zeit schon so spezialisiert, daß der Großbetrieb ungeahnte Abteilungen hätte einrichten müssen, wenn er alle diese spezialisierten Arbeiter in seinem Betrieb hätte aufnehmen wollen. Er begnügte sich daher vorerst mit dem Anstreichen der Puppenglieder und -köpfe, deren Zusammenfügung, vielleicht auch dem Anbringen der Frisur. Dazu kam das Ankleiden der Puppen. Diese Arbeit entwickelte sich zu der wichtigsten im Fabrikbetrieb. Erst nach und nach versuchte der Großbetrieb mehrere Zellarbeiten, die zur Herstellung der Puppen notwendig sind, mit in seine Machtsphäre hereinzunehmen. Vollständig ist ihm dieses bis auf den heutigen Tag nicht gelungen. So wird beispielsweise der Drucker und der Augenarzt in fast allen Fällen noch außerhalb des Betriebes beschäftigt.

Ansang des 20. Jahrhunderts ist es nach langen Versuchen endlich gelungen, eine flüssige Masse herzustellen, die einen Ersatz für die Papiermaché darstellt, die „Gummasse“.

Die Gussmasse ist eine Mischung von Porzellanabfallmasse, Leim, Pappe, Schleimsaft, und einer Beimischung von essigsaurer Tonerde. Diese flüssige Masse schafft die Gewähr, die Produktion auf ein Vielfaches zu erhöhen. In der Papiermachersbranche konnte immer nur ein Stück nach dem anderen angefertigt werden. Durch Einführung der Gussmethode konnte gleichzeitig eine Menge von Produkten bei gleich hoher Arbeitszeit hergestellt werden. Ein neuer Beruf entsteht in der Spielwarenindustrie; der „Gießer“. Er erhält vom Auftraggeber ein Modell. Mit Hilfe desselben fertigt er sich eine oder auch mehrere Mutterformen an. Von diesen Mutterformen werden beliebige Mengen Gipsformen hergestellt. Der weitere Arbeitsprozeß vollzieht sich wie beim Gießer in der Porzellansfabrik. Die Produktion ist durch die Methode auf das Fünf- bis Achtfache erhöht worden. Verwendung findet diese Masse für Alstrappen, Figuren, Früchte, Puppenköpfe aller Art und Puppen. Die höchste Blüte im Verbrauch hatte die Gussmasse in der Nachkriegszeit erreicht. Viele hunderttausend Dutzend Puppen, Alstrappen, Früchte und dergleichen sind in den USA hergestellt und ausgesetzt.

und vergleichen sind in der Inflationszeit produziert worden. Durch Verwendung dieser flüssigen Masse in der Spielwarenindustrie geht der Druckerberuf fortgesetzt zurück. Früher hatte der Drucker fast den ganzen rohen Artikel, wie Alstrappen, Früchte, Figuren, Puppenköpfe, Puppenkörper und Puppenglieder herzustellen. Heute bleibt ihm noch der einzige Teil an genannten Artikeln übrig, der von den Gießern noch nicht erfasst ist. Das sind kleinere Artikel im Alstrappensack und den verschiedensten Gliedern von Puppen. Alles andere, was früher in die Druckerbranche fiel, ist von den Gießern, auch von den anderen Konkurrenten des Druckers übernommen worden. Zu diesen anderen Konkurrenten gehören die Porzellansfabriken, die Puppenköpfe aus Porzellan herstellen, Zellulosefabriken, die Puppenköpfe und -gesichter herstellen. Auch die Papptanzereien stellen Puppenkörper, Puppenglieder, Früchte, Alstrappen und vergleichen aus Pappe her.

Neben der Erfindung der Gußmasse, die die Produktion auf ein Vielfaches steigerete, haben sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts auch verschiedene Arten von Maschinen in die Spielwarenindustrie eingebürgert. In der Puppenbranche weniger, außer den verschiedenen Arten von Nähmaschinen. Der wichtigste Teil der Spielwarenindustrie, in welcher Maschinen Verwendung finden, ist die Abteilung der Holz- und gespannten Pappspielwaren.

Fünf Epochen sind es, die bis jetzt die Spielwarenindustrie Thüringens durchlaufen hat: in der ersten ist der Hersteller zugleich Verkäufer der Produkte, in der zweiten übernimmt ein Verleger den Verkauf, währenddem die gesamte Produktion in den Händen der von ihm abhängigen Heimatleifer oder Hausindustriellen bleibt. In der dritten Epoche wird dem Hausindustriellen ein Teil seiner Artikel abgenommen und die Fabrikation in den Großbetrieb verlegt. Dann macht der Großbetrieb sich die Maschine zumühe, und jetzt schickt sich diese Industrie an, die neue Wirtschaft und Betriebsmode (Rationalisierung, Normierung, Typisierung) mitzumachen. Ob bei der Umstellung der Spielwarenindustrie die allgemein geltenden Regeln in Anwendung gebracht werden können, das soll in einer folgenden Abhandlung besprochen werden.

S. Elstein

Die Bruttoaufzehrung pro Kopf eines deutschen Zollbürgers betrug im Durchschnitt 1925 31.208 DM Reichsmark. In diesem Jahr verfügte über ein Zollbürgerschein nur 81.208 000 Menschen.

Schub leistten, denn wenn der Protest im Rücken keine Organisation mehr hat, wird er um so leichter zum Spielball der Unternehmer. Jeder Arbeiter muß mehr denn je für die gewerkschaftliche Gewaltlosigkeit auch in der Blumenindustrie bestrebt sein., R. S.

# **Arbeiterklaus und Arbeiterförderung.**

## 30. Deutscher Krankenhausstag in Düsseldorf

(20. und 26. Juli)

Die große Rundhalle des Planetariums auf der Heseler in Düsseldorf ist überfüllt. Mehr als 2000 Vertreter deutscher Krankenkassen, zusammengeschlossen im Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, füllen die Riesen- halle. Die Teilnehmerzahl setzt sich zusammen aus 521 Arbeit- gebären, 893 Versicherten, 641 Angestellten und 107 Ehrengästen. Darum ist dies stets eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Kundgebungen des Jahres; kommen doch hier die Vertreter von mehr als 10 Millionen Versicherten zu Worte.

Die Tagung begann mit einem Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Helmut Lehmann über die gegenwärtige Lage der deutschen Krankenversicherung. Die deutschen Krankenkassen haben ständig rund ½ Millionen Arbeitseinschädiger und Wöchnerinnen zu unterstützen und etwa die dreifache Zahl noch in Arbeit befindlicher Kranker mit ärztlicher Behandlung, Arzneien und Heilmitteln zu versorgen. Die schweren Hungerzeiten, zu denen Millionen Arbeitsloser seit Monaten verurteilt sind, machen alle Bemühungen, den Gesundheitszustand des Volkes zu heben, zunächste. Nur unter Anwendung schärfster Kontrollmaßnahmen haben die Krankenkassen den Krankenstand künstlich zurückzudrücken und sich dadurch vor dem finanziellen Zusammenbruch retten können. Die vom Unternehmertum unverständlicherweise geforderte Zurückdrängung der Leistungen der Krankenversicherung würde schwere gesundheitliche, soziale und politische Erschütterungen im deutschen Volkseben herporufen. — Oberregierungsrat Unger teilt mit, daß die Reichsregierung beabsichtigt, Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Diese werden sich vorzugsweise mit der vorbeugenden Fürsorge für die Versicherten zu beschäftigen haben. — Professor Dr. Klein (Berlin) glaubt, mit dem Naturheilversfahren könne eine innigere Verbindung zwischen Arzteschaft und Bevölkerung wiederhergestellt werden. — Verwaltungsdirektor Köhn (Berlin) beschäftigt sich mit dem Frühheilversfahren und betont besonders, daß die Berufsgenossenschaften das Heilversfahren durchzuführen und auch die Kosten dafür zu tragen hätten.

Ministerialdirektor Giese sprach über "Die internationale Sozialversicherung und ihre Triebkräfte". Er wies die Auferstehung des Professors Gustav Cassel (Stockholm) zurück, daß die Internationale der Sozialpolitik die letzte Mode sei.

Dr. Stein, Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, erklärt: Ohne Sozialversicherung kommen wir nicht mehr aus. Der Hinweis auf Amerika, wo es keine Sozialversicherung gibt, ist so lange verfehlt, als die europäischen Staaten nicht amerikanische Löhne zahlen. 48 Staaten haben sich rückhaltslos zur Sozialversicherung bekannt. Als Kernstück wird auf der Arbeitskonferenz 1927 die Krankenversicherung international zu regeln sein. Aber die Kindersfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen berichteten dann Geheimrat Professor Dr. Schloßmann (Düsseldorf) und Verwaltungsdirektor Stübig (Hamburg). Beide Redner schilderten in außerordentlich warmherziger Weise das Kinderelend, das zum größten Teile aus dem Wohnungselend resultiert. Die Krankenkassen, zu deren Versicherten einmal die heranwachsende Generation gehören wird, haben alle Ursache, diese Frage ihre stärkste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Redner schlossen mit dem Wunsche, daß es trotz der finanziellen Bedrängnis der Kassen möglich sei, wie die nötigen Mittel für die Kindersfürsorge aufzubringen.

Inschließend berichteten Professor Dr. Wiedmann (Hamburg) über die elektro-physikalischen Heilmethoden und Dr. Zehden (Berlin) über „Wiederfürsorge für Rassenmitglieder“.

## Gesundheitspolitik der Berufser in den Organen der Krankenversicherung.

Die in den Ausschuss und Vorstand gewählten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer versehen Ehrenamt, die ihnen eine große Verantwortung auferlegen. Von den Vertretern wird gefordert, daß der soße Buchstabe gesetzlicher Vorschriften erhalten, daß ihm durch sozialpolitische Maßnahmen die sozialpolitische Bedeutung gegeben wird, die ihm vorausgesetzt ist. Engberig's Gesetzesauslegung, kurzfristige Maßnahmen werden den Wert der Sozialversicherung, namentlich der Krankenversicherung mit ihrer fast 19 Millionen Versicherten, sicher nicht steigern. Die Notwendigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung ist unbestritten, ihr volkswirtschaftlicher Wert so erkannt, daß eine Stellungnahme gegen die Versicherung als solche kaum mehr erfolgt. Trotzdem nehmen Außenstehende und auch Kreise, denen die Verhältnisse bei den Krankenkassen genau bekannt sind, wie Ärzte, Apotheker, gegen die Tätigkeit der Vertreter in den Organen der Krankenkassen Stellung. Eine kleine Schar um die Sozialversicherung gälich Interessierte wendet sich gegen Millionen Versicherter, wendet sich gegen die von diesen und von Arbeitgebern Gewählten, um ihre verantwortungsvolle Arbeit zu hemmen und zu diskreditieren. Kein Mittel wird untersucht gelassen, um die Gesundheitspolitik auf weite Stütze, die gerade während der letzten beiden Jahre in verstärktem Maße von den Vertretern in den Organen der Krankenversicherung ausgeübt wurde und deren Notwendigkeit grundsätzlich nicht bestritten werden kann, zu stören. Daf Ärzte und Apotheker nichts untersucht lassen um diese Störungsarbeit zu leisten, muß verwundern, da gerade für

sich oft als Förderer öffentlichen Gesundheitswesens bezeichnen.  
Die Maßnahmen der Krankenkassenvertreter, die diese treffen  
um die Versicherten durch Unterbringung in einem Erholungsheim  
wieder völiger Erwerbsfähigkeit zu führen, oder sie vor langan-  
haltender Arbeitsunfähigkeit zu schützen, sind es, die von den Ärzten  
und Apothekern angefeindet werden. Vor dem Kriege und während  
der Zeit der Inflation konnten die Krankenkassen auf dieser  
fürsorgerischen Gebiete nur wenig leisten, da ihnen die notwendige  
Mittel fehlten. Vor allem zeigte sich der Mangel an Erholungs-  
und Genesungsheimen und Heilstätten. Die Unterbringung in  
privaten Heilstätten konnte nur für Einzelfälle in Frage kommen  
da die aufzuhwendenden Kosten von den Kassen für eine umfangreichere  
Fürsorge nicht ausgebracht werden konnten. Die großen und an-  
mittleren Krankenkassen und Kasserverbände sind nun dazu über-  
gegrungen, eigene Erholungs- und Genesungsheime zu erwerben, um  
die fürsorgerischen und Gesundheitspolitischen Aufgaben durch-  
zuführen, die im Rahmen der Reichsversicherung möglich und im  
Interesse der Volkswirtschaft notwendig sind. Die von den Kranken-  
kassen geförderten Einrichtungen sind solche der Versicherten! Würde  
verlangt, den Erwerb von Genesungs- und Erholungsheimen zu  
hindern, so ist das nichts anderes, als daß die Tausende Versicherten  
die jährlich zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Bäder, Kur-  
häuser verschickt werden, solcher Fürsorge nicht feilhaftig werden  
sollen. Solange den Vertretern in den Krankenkassen jedoch  
kein anderer Weg eröffnet wird, als der, den sie selbst eingeschlagen  
haben, solange bleibt es eine müßige Kritik einer kleinen Gruppe,  
die besonderen Interessen gegen die Gesundheitspolitik der Kranken-  
kassen glaubt Stellung nehmen zu müssen. Solchen Interessen und  
besonderen Wünschen kann das von den Krankenkassen begonnene  
Werk auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge nicht geopfert

Die Vertreter in den Organen der Krankenkassen haben jedenfalls alle Ursache, sich nicht davon abringen zu lassen, das zu tun, was sie für notwendig halten, um auf dem Gebiete der Krankheitverhütung das Leisten zu können, was der Krankenversicherung die vorbergende Fürsorge zu unterstellen möglich ist. Letzten Endes ist die begonnene Arbeit nicht eine solche der Krankenkassen, sondern eine solche, mit der für die Gesundheit berechnigte Förderung erfüllt werden.

## Frauenfragen.

Die Bedeutung des Achtfundertages für die Arbeiterinnen.  
Von Gertrud Hanau.

Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich ist für die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen von noch größerer Bedeutung als für die Männer. Die übergroße Mehrzahl der Frauen kann sich nach getaner Arbeit nicht einmal in dem Umfange der Ruhe oder selbst gewählter Erholungsarbeit, z. B. Spiel, Sport, Spaziergängen, Lektüre usw. hingeben, wie es die Männer können. Auf die Frauen wartet in der Regel zu Hause eine Menge Arbeit, die oftmals nicht weniger anstrengend ist als die Erwerbsarbeit in den Betrieben.

Die verheirateten Frauen müssen oft genug neben ihrer Erwerbsarbeit die gesamte Haushaltstätigkeit einschließlich der Arbeiten, die das Besorgen der Lebensmittel und das Herrichten der Mahlzeiten für die Familie erfordert. Bei dem wohl ausnahmslos in allen Ländern gesunkenen Reallohn, insbesondere für Frauenarbeit, ist die Zahl der Fälle, wo Frauen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sich Hilfe für die Haushaltstätigkeiten nehmen können, gegen früher erheblich geringer geworden. Aber auch die unverheirateten Frauen arbeiten im Hause zwangsläufig mehr als Männer. Sie nähen, waschen, bügeln ihre Kleider und Wäsche recht oft selber, weil ihr relativ niedriger Lohn nicht ausreicht für die Verbreitung des Lebensunterhalts und der Beschaffung des Bedarfs an Kulturgütern wie Bücher, Unterhaltung, Vergnügungen, auf die wir nicht verzichten können, wenn die Arbeitsfreizeit erhalten werden soll. Die Anforderungen dieser Doppelbelastung an Körper- und Nervenkraft der weiblichen Arbeitnehmerin muss aber dazu führen, die Arbeitskraft zu zerstören, wenn nicht die Arbeitszeit vom Tage soweit übrig läuft, um Körper und Geist ausruhen zu lassen und zu pflegen.

Bis jetzt hat die Doppelbelastung der weiblichen Arbeitnehmerin insbesondere zu wenig Zeit übrig gelassen, um den Geist zu pflegen und ihn so zu entwickeln, daß auch die Frauen in ihrer Mehrzahl erkennen können, daß sie ein Recht haben auf Leben und Wohlergehen. Aber auch die Körpersorge muß bei der knappen Zeit, die der Arbeitsstag den Frauen übrig läuft, mehr vernachlässigt werden, als der Gesundheit der Frauen zuträglich ist, die als Mütter die Trägerinnen der kommenden Generation sind.

Deshalb müssen gerade die Frauen nach einer Regelung der Arbeitszeit streben, die als gesund bezeichnet werden kann.

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf sei deshalb die Parole der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen, die wir durch die Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Wieviele Arbeiterinnen sind eigentlich in unserem Betriebe noch organisiert?

Diese Frage richtete vor kurzer Zeit der Betriebsleiter einer chemischen Fabrik an eine Arbeiterin. Allgemeines Verwundern hierüber. Die Lösung dieser Frage ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Die Firma ordnete an, daß täglich 5% Stunden gearbeitet werden sollte, obwohl genügend Aufträge vorhanden waren. Der Urlaub, der für die gesamte Arbeiterschaft in die gleiche Zeit fällt, stand vor der Tür. Die Arbeiterinnen ahnten, daß die oben angeführte Frage mit demselben im Zusammenhang steht. Und richtig! Als der Lohn für die Urlaubstage zur Auszahlung kam, war derselbe in seiner Höhe der 5%ständigen Arbeitszeit pro Tag angepaßt. Die Arbeiterinnen waren leider über die tariflichen Bestimmungen in bezug auf die Ferienfrage nicht genau orientiert. Es kam zwischen ihnen und der Betriebsleitung zu einem Handeln und Feilschen. Endlich erklärte letztere: 8 Stunden pro Tag werden bezahlt und kein Pfennig mehr. Sie wußte als Mitglied des Arbeitsgererverbandes zu genau, daß dies die tarifliche Vereinbarung ist.

Wäre keine der Arbeiterinnen organisiert gewesen, dann hätte die Firma mit Befriedigung die Differenz zwischen dem zur Auszahlung bestimmten Betrag und dem Tariflohn eingekämpft, die Arbeiterinnen dagegen wären um ihr tarifliches Recht betrogen worden.

Dieser Fall beweist wieder einmal, daß sich der Unternehmer als Herr im Hause fühlt und trotz Tarifvertrag die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig festlegt, wenn er sieht, daß es an einer freien Organisation im Betriebe fehlt.

Hoffentlich ziehen nicht nur die Arbeiterinnen dieses Betriebes ihre Lehre aus diesem Fall; eine jede Arbeiterin muß sich, gleich diesem Arbeitgeber, der ja auch seinem Verbande angehörte, organisieren, damit solche Fälle, die man beliebig vermehren könnte, in Zukunft vermieden werden.

J. H.

## Wirtschaftliches.

### Die Verbesserung der Lebenshaltung.

Wir liefern am Anfang des Monats August jenes Monats, der uns die Erhöhung der Preise wichtiger Lebensmittel durch erhöhte Zölle bringt. Es ist nicht unerheblich, daß sie hierauf einen starken Einfluß auf die Lebenshaltung des Landes ausgeübt haben. Hierzu ist zu bemerken, daß die Preise in den letzten Jahren nicht unerheblich angezogen. Die ausführlichen Statistiken ergeben folgendes:

Entwicklungen an der Börse der Warenhalle.

2. Januar 1. Juli 23. Juli

Preise in Mark

Butter, marktücher, 100 kg	24,90	25,40	29,70	29,90	31,10	31,15
Broten, marktücher, 100 kg	11,90	15,60	29,70	21,00	19,90	19,20
Wurstgekühl, 100 kg	22,00	26,50	37,50	39,50	38,00	38,00
Käsefleisch, 100 kg	2,70	3,30	3,90	5,00	6,50	8,00
Eier (zu 12 Stück) per Stück in Pfund	18	9	10	10	10	10
Käsefleisch, 50 kg	80-15	65-95	67,50	100		
Käsefleisch, 20 kg	65-70	71-105	77,50	110,50		
Schweinefleisch, 50 kg	117-123	94-100	97-101			

Wir liegen die Durchschnittslohn bei, wie sie ebenfalls amtlich ermittelt wurden:

Mondatsdurchschnitt März April Mai Juni Juli

Lebenshaltungskinder . . . . . 138,3 139,6 139,9 140,5 142,4

Durchschnittswochenlohn:

a) für gelernte Arbeiter . . . . . 46,02 46,02 46,02 46,02 46,02

b) für ungelernte Arbeiter . . . . . 33,95 33,95 33,95 33,95 33,95

Die Reichsbinderziffern für die Lebenshaltungskosten haben in den letzten fünf Monaten eine Steigerung von rund 3 Prozent erfahren. Allein von Ende Juni bis Ende Juli stiegen sie um 1 Prozent. An dieser Steigerung waren hauptsächlich die Posten Ernährung und Wohnung beteiligt.

### Eine Statistik des Ölverbrauchs in den einzelnen Ländern.

Nachfolgende Statistik über den Verbrauch von Öl in den einzelnen Ländern zeigt die außerordentlich großen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gebieten. Es werden verbraucht:

Millionen Kilogramm pro Kopf Tonnen der Bevölkerung

Vereinigte Staaten . . . . .	101	900
Canada . . . . .	2,8	260
Mexiko . . . . .	1,5	98
Argentinien . . . . .	1,8	146
Kuba . . . . .	0,9	304
England . . . . .	6	130
Rußland . . . . .	3,7	40
Frankreich . . . . .	1,5	40
Deutschland . . . . .	0,8	14
Indien . . . . .	1,5	5

Aus der Statistik ergibt sich der ungeheure Vorsprung der Vereinigten Staaten im Ölverbrauch und der außerordentlich geringe Verbrauch in Deutschland.

### Die Ausschaltung der Händler im Weltcupferhandel.

Das jüngst gegründete internationale Kupferkartell, das sich unter Leitung der amerikanischen Produzenten auf 90 Prozent der Weltcupfererzeugung erstreckt, hat eine wesentliche Änderung eingeführt, indem es als ersten Punkt des Kartellvertrags die Verpflichtung der Mitglieder festsetzt, daß sie nur direkt an Konsumanten verkaufen dürfen. Die Händler haben das Kupfer oft an Spekulanten abgegeben, was in Fällen, wo die Ware später in der Zeit der wirtschaftlichen Depression auf dem Markt geworfen wurde, zu verhängnisvollen Preisstürzen führte. Das neue Projekt will dies verhindern und bestimmt deshalb, daß nicht mehr an Händler, sondern nur direkt an die Konsumenten verkauft werden darf. Bekanntlich hat das Kupfer die Preissteigerungen, die seit dem Krieg bei den übrigen Waren eingetreten sind, nicht mitgemacht, und so sind die Produzenten bestrebt, ihre Profite durch Ausschaltung der Händlergewinne zu erhöhen.

### Die Verschiebung der Kohlen- und Eisenproduktion in vier Industrieländern.

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die seit dem Kriege eingetretenen Verschiebungen in der Eisen- und Kohlenproduktion in den dafür wichtigsten vier Ländern Deutschland, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten. Demnach entfallen auf die Erzeugung in Prozent:

Rohstoff	Deutschland	England	Frankreich	Ver. Staaten	4 Länder
1913	29	16	8	47	100
Kohle	17	10	14	59	100
	20	27	4	49	100
1925	16	25	6	53	100

### Gewerkschaftliche Nachrichten.

#### Eine zurückgezogene Bekleidungsklage.

Zu der unter obiger Überschrift im "Proletarier" Nr. 31 erschienenen Mitteilung erhielten wir von Herrn Friedbold eine Zuschrift, die besagt, daß die Klage deswegen zurückgezogen wurde, weil Gösselkehle angab, seinen Wohnsitz in Essen zu haben. Eine Anfrage beim Gemeindvorstand in Hohenhansen ergab, daß sich Gösselkehle am 23. März 1926 von Hohenhansen nach Essen abmeldet hat. Demgemäß war das Amtsgericht in Hohenhansen nicht zuständig. Eine Klage habe ich beim Amtsgericht in Essen einzureichen lassen.

B. Friedbold.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Die Volksfürsorge.

Das Versicherungsgesamt der deutschen Arbeitnehmerschaft hat im ersten Halbjahr 1926 die nachstehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen. Die Anfangsproduktion steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117,000 und erreicht damit einen Bestand von insgesamt zirka 670.000 Versicherten. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen Mark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von zirka 220 Millionen Mark.

In Süderbrüggen wurden in den ersten 6 Monaten d. J. 300.000 RM ausgezahlt; davon sind seit Umstellung auf festes Wöhne insgesamt 15 Millionen RM den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge verschwundenen Versicherten zugute gekommen — Zur Förderung der Konsumgenossenschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues usw. wurden Darlehen, die mindestens ausgelegt sind, in Höhe von 15 Millionen RM gegeben bzw. fest zugesagt.

Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine pionierpolitischen Versicherungsgesellschaften unterstützen. Alle Versicherungsgesellschaften des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften, die von den Gewerkschaften gegründeten Volksfürsorge, gefördert werden.

Alf und Gustav entstehen der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 53,50 und die Rechnungsstellen.

#### Ein großer Geist.

Im Schuhwerkstättchen Lempheim bei Ulm mußte wegen Hochwasserstandes die südlische Wasserleitung einige Tage abgesperrt werden, so daß man auf Brunnen angewiesen war, die nicht jeder besaß. Ein gläubiger Eigentümer brachte ein Wasserkrohr seines Betriebes ein, das dem zu lesen war:

Wohltätige an diejenigen, die nicht Mitglied des Konsumvereins sind.

#### Herabsetzung des genossenschaftlichen Hypothekenzinses.

Der Vorstand der Volksfürsorge, Gewerkschafts-Genossenschafts-Versicherungsgesellschaft, und der Vorstand der Penitentiär- und Sozialversicherung, deutscher Konsumverein haben beschlossen, mit Wirkung vom 1. Juli d. J. den Zinsatz für die von ihnen benötigten Hypotheken von 10 Prozent pro Jahr auf 8 Prozent pro Jahr herabzusetzen. Den Genossenschaften wird diese Erleichterung, die auf Grund der größten Notwendigkeit auf dem Konsumgenossenschaft möglich geworden ist, sehr willkommen sein.

## Rundschau.

### Der gelbe Stahlhelm.

Dass die Gelben republikfeindlich sind, ist nicht neu. Mindestens versuchen die akademischen Führer und gelben Zeitungsschreiber, ihre Mitglieder republikfeindlich zu erziehen. Um dieser Tatsache noch mehr Nachdruck zu verleihen, bringt die Deutsche Werksgemeinschaft, das Werkvertriebsschlaf, in der Nr. 31 vom 1. August 1926 in ihrem Kopf einen Stahlhelm mit Hammer, Seitengewehr und Arker. Das soll wohl heißen: die Gelben hoffen, daß sie noch einmal in den Schiekhengraben ziehen dürfen für die heiligsten Güter der anderen. Lassen wir ihnen diese Hoffnung, und sehen wir, daß wir aus dem Bereich des "Gelbkreuz" bleiben, denn es soll zum Irrsin führen.

### Keine Befragung der Reisenden in den Bahnhofswartesalen nach ihren Bedürfnissen.

Verschiedentlich war geklagt worden, daß neuerdings die Bahnhofswirte von der Reichsbahngeellschaft die Erlaubnis erhalten hätten, die Gäste zu fragen, ob sie etwas zu verzehren wünschen. Auf eine diesbezügliche Anfrage eines bekannten Reichsabgeordneten hat nun die Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahnen kürzlich geantwortet: "Wir haben die — übrigens schon seit einigen Jahren bestehende — Anordnung nach der Reise, die sich in den Wartesäulen aufzuhalten, befragt werden dürfen, ob sie von der Wirtschaft Gebrauch zu machen wünschen, mit Rücksicht auf die eingegangenen Klagen aufgehoben."

### Purzelbäume bei einer Totenfeierlichkeit.

Fast durchweg haben die Eingeborenen Afrikas Sitzen und Brüche, die unseren Anschauungen völlig entgegenliegen, sind. Dass dies auch bei Totenfeierlichkeiten der Fall ist, erfahren wir in interessanten Einzelheiten von dem leider fast vergessenen deutschen Afrikaforscher Wilhelm Junker, dessen spannender Reisebericht soeben in der Brockhaus-Sammlung "Reisen und Abenteuer" unter dem Titel „Bei meinen Freunden, den Menschenfreunden“ neu erschienen ist. Juncker berichtet auf seiner großen zweiten Expedition in einer großen Salomonenfahrt (Serië), als ihr Vermüter plötzlich starb. Er hatte über Hunderte von Sklaven und Sklavinnen gehoben, die nun plötzlich ihres Herrn, Ernährers und Verjüngers bereit waren. Weder irgendwann eine Schar von 60 bis 70 Weibern die ganze Serie. Sie schlugen der Reihe nach Purzelbäume und schwanden sich mit Lamb während beständig große Parken geschlagen wurden, welche die Totengräber begleiteten. Am Abend beteiligten sich auch die Männer und Knaben an der Klage. Am nächsten Tag geholtete sich die Totenfeierlichkeit zu einem wahren Festumzug. Die Frauen, die sich eines Kleidungsstückes oder sonst eines Gegenstandes des Toten bedächtigen konnten, hielten dies angelegt und sahen nun wahrhaft komisch aus. So sah man eine sonst völlig nackte Gestalt den langen Schlafrock ihres Herrn tragen, eine andere Frau hatte seine Weste, eine dritte sein Hemd angelegt. Dazu hatten die Männer ihre Haupt gestreut und wälzten sich trocken einseitigen tropischen Regens weiter im Schmutz und Schlamm herum. Juncker schreibt den interessanten Bericht über die Szene: „Je länger es dauerte, desto mehr nahm es den Charakter einer Lustpartei an, wenngleich er sich kein so. Wenn auch einige der Männer wirklich empfindliche Schmerzen zeigten, so machte die Mehrzahl gleichgültig oder gar verächtlich Ges

# Beilage zum Proletarier

Nummer 33

Hannover, 14. August 1926

35. Jahrgang

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Ein Zündholz für die ganze Welt.

Von Karl Heining.

## 1. Zur Einführung.

Man sieht es dem kleinen Holzsplitter mit dem brauen Zündköpfchen nicht an, daß es in der kapitalistischen Welt der Aktiengesellschaften, der nationalen Kartelle und der internationalen Truste eine Rolle spielt. Dennoch ist das Streichholz heute wohl dasjenige Produkt der Erde, das den ausgedehntesten und großartigsten Trust ermöglicht hat. Auf dem Streichholz sitzen so schwere Männer wie Rockefeller und der Schwede Kreuger, und jetzt hat sich sogar unsere Reichsregierung mit dem Zündholz-Welttrust über den deutschen Markt und damit über den Preis des deutschen Zündholzes geeinigt.

Als ganz eigener Interessent steht, vertraglich anerkannt, neben der eben zustandegekommenen kollegialen Herrschaftsgemeinschaft des Zündholztrustes und den von der deutschen Regierung geführten Zündholzfabricanten die GEG, mit ihrer Zündholzproduktion.

Die GEG ist die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, sie besitzt eigene Streichholzfabricaten.

Nachfolgend seien die jüngsten zwei und einhalb Jahre des Weges geschildert, den die Zündholzindustrie der Welt genommen hat. Sie mögen den Leser partienweise wie eine Phantasie anmuten. Dem ist aber nicht so. Hier sind nüchterne Wahrheiten aus der Welt der kapitalistischen Gründungen, Preiskämpfe, Auseinandersetzungen und Vertrüffungen aneinandergereiht. Das mag sich wie ein Roman lesen, es ist aber nur ein nüchterner Ausschnitt aus der kapitalistischen Zeitgeschichte. Wenn in dieser dramatischen Handlung der Konsum nicht nur eine leidende Rolle spielt, sondern ganz ungewöhnlicherweise etwas aktio in Erscheinung tritt, so liegt das an seiner teilweisen Organisation in den Konsumgenossenschaften!

## 2. Die Herren des schwedischen und des amerikanischen Streichholzes.

Amfang des Jahres 1924 wurde in Deutschland bekannt, daß die "Svenska Tändsticks A.-B.", die "Schwedische Streichholz-Aktiengesellschaft", ihrer Organisation einen neuen Rahmen gegeben habe. Es wurde von ihr in Amerika eine neue Gesellschaft mit dem Namen "International Match Corporation" gegründet. Das Aktienkapital dieser "Internationalen Streichholz-Gesellschaft" wurde auf 100 Millionen Goldmark festgesetzt!

Die größere Hälfte des Kapitals dieser neuen amerikanischen Gründung kam in die Hände der erwähnten schwedischen Gesellschaft. Diese brachte dafür in das neue amerikanische Unternehmen den größten Teil ihrer Anteile an ausländischen Streichholzunternehmungen ein. Der andere Teil des Kapitals der amerikanischen Gesellschaft wurde zur Bezahlung im besonderen englischer Streichholzgesellschaften benutzt. Auf diese Art wurden die englischen Streichholzinteressen und im besonderen deren Streichholzfabricaten in Kanada in diese neue Gründung mit einzogen.

Hinter der neuen Gesellschaft standen neben dem schwedischen Streichholzkönig Kreuger der amerikanische Rockefeller und der amerikanische Zuckerindustrielle Havemeyer.

Das neue amerikanische Unternehmen gab sofort eine Obligationssanleihe in Höhe von 60 Millionen Goldmark aus und legte das Geld in der Streichholzindustrie von Südamerika und dem Fernen Osten (China) an. Mit anderen Worten, der Trust dehnte sich sofort über weitere erhebliche Teile der Erde aus.

Das war der Anfang.

## 3. Die deutsche Zündholzindustrie.

Was ist die deutsche Zündholzindustrie in jenen Tagen? Sie war im Verein Deutscher Zündholzfabricanten zusammengeschlossen. Die deutschen Zündholzfabricanten, die 70 Prozent der deutschen Zündholzproduktion beherrschten, klagten darüber, daß sie auf keinen grünen Zweig kämen, weil die Zahlungsträger für die Zündholzfeuer über kurz feiern. Wenn die Regierung ihnen nicht wenigstens die Zündholzfeuer stunde, könnte es dahin kommen, daß noch weitere reine deutsche Werke den internationalen Trustbestrebungen zum Opfer fallen.

## 4. Zur Geschichte des schwedischen Zündholzes.

Woher ist es gekommen, daß Schweden in der Zündholzindustrie eine so bedeutsame Rolle zu spielen berufen wurde?

Vor ungefähr 60 Jahren gelang es dem Fabricanten Jönköping, die alten Phosphor-Schwefelhölzer durch einen ungiftigen Sicherheitszündkopf zu ersetzen. Seither wurde in der ganzen Welt Jahrzehnte hindurch ein Kampf gegen die Phosphor-Zündhölzer geführt, deren Herstellung besonders gesundheitsschädlich war. Es kam zu staatlichen Verbots und internationalen Abmachungen. Die "Schwedenhölzer" oder "Schweden" siegten.

Die schwedischen Streichholzfabricaten wurden nach und nach in der schon erwähnten "Schwedischen Streichholz-Aktiengesellschaft" zusammengefaßt. Leute, die es wissen müssen, erzählten 1914, daß diese schwedische Aktiengesellschaft insgesamt in der Welt 42 Fabricaten besitze. (Heute besitzt sie etwa 50 Fabricaten.)

Das Kapital dieser Gesellschaft betrug bis zum Jahre 1922 rund 45 Millionen schwedische Kronen. Im Jahre 1923 wurde das Kapital auf 90 Millionen Kronen erhöht. Die offiziellen Reserven des Unternehmens betrugen damals 72 Millionen Kronen. Man arbeitete also mit einem Kapital von 162 Millionen Kronen.

Im Jahre 1924 erhöhte die "Schwedische Streichholz-A.G." ihr Kapital aber auf 180 Millionen Kronen! Mit den

Reserven war also eine Kapitalmacht im Umfange von mehr als einer Vierhundertmillionen Goldmark vereinigt.

Die Kapitalerhöhung der "Schwedischen Streichholz-Aktiengesellschaft" sollte zur Errichtung neuer Streichholzfabricaten in Frankreich, Indien und Australien dienen. Das Kapital der amerikanischen Schwestergesellschaft dehnte sich, wie schon erwähnt, im besonderen in China aus.

Man erinnerte sich hier, daß die amerikanische Gesellschaft mit Kapital und Anleihen in Höhe von 160 Millionen Goldmark arbeitet.

Es kämpften also 1924/25 über eine halbe Milliarde Goldmark um die Herrschaft über Zündholzproduktion und Zündholzverbrauch der Welt!

Das Haus Fugger hat es im Mittelalter verstanden, für einige Millionen Gulden deutsche Kaiser zu machen. Jetzt werden halbe Milliarden benötigt, um die Herrschaft über das Streichholz zu erreichen. Die Zeiten ändern sich . . .

## 5. Deutschlands Zündholzproduktion.

Im Jahre 1913 wurde der Gesamtverbrauch Deutschlands an Streichhölzern auf 88 Milliarden Stück errechnet. Im Jahre 1919 waren es 144 Milliarden Stück. Diese Steigerung erfolgte, obwohl die Entwicklung der Feuerzeuge sehr lebhaft vor sich gegangen war.

Trotz dieser erstaunlichen Ziffern war die deutsche Zündholzindustrie innerlich krank. Es bestand wie in so mancher anderen deutschen Industrie, angelockt durch scheinbar sicher in Aussicht stehende hohe Gewinne, eine allgemeine Übergründung. Dennoch erwuchsen nach 1919 immer noch neue Fabricaten, obwohl bei den bestehenden das Misverhältnis zwischen Leistungsfähigkeit und Verbrauch schon außerordentlich groß war.

Im Verein Deutscher Zündholzfabricaten war zwar der größte Teil der Unternehmungen vereinigt, aber der "Verein" vermochte sich nicht durchzusetzen.

Es begann ein schwerer Preiskampf in der Zündholzindustrie. Die Kriegsspreise für die Kiste Streichhölzer einschließlich Steuer von 230 Mark wurden Ende 1924 bis 35 Mark heruntergedrückt. Hier wirkte sich jede Rationalisierung sofort restlos im Preisabbau aus.

Der Verein Deutscher Zündholzfabricaten hatte als Gegner die Interessengemeinschaft Stahl u. Nölke A.-G. und Deutsche Zündholzfabricaten A.-G. in Kassel mit etwa einem halben Dutzend angeschlossenen Fabricaten. Der Führer dieser Gruppe war ein Herr Rau (Hamburg). Rau ist der Verbindungsman des schwedischen Zündholztrusts auf dem deutschen Markt.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besitzt zwei Zündholzfabricaten. Die Produktionsfähigkeit dieser beiden Fabricaten ist 10 000 Kisten à 1000 Pakete jährlich. Das sind etwa 7 Prozent der deutschen Streichholzproduktion.

## 6. Der erste deutsche Vertrüffungsversuch.

Im Herbst 1924 trat der Verein Deutscher Zündholzfabricaten an Herrn Rau heran. Man wollte sich mit ihm darüber unterhalten, wie der Konkurrenzkampf der Zündholzindustrie innerhalb Deutschlands beendet werden könnte. Rau antwortete mit dem Vorschlag, die gesamte deutsche Zündholzindustrie trustmäßig zusammenzuschließen und internationales Kapital zu beschaffen, da mit deutschem Kapital die deutsche Zündholzindustrie nicht gerettet werden könne. Als "ein zusammengehöriges Ganzes" solle die deutsche Zündholzindustrie dann mit der Großindustrie des Auslandes zusammengehen. Nachdem die Zündholzindustrie im ganzen übrigen Europa zusammengefloß sei, bleibe für die deutsche Zündholzindustrie keine andere Möglichkeit, wenn sie nicht zerquetscht werden wolle . . .

Niemand vermag sich eine Vorstellung davon zu machen, mit welcher Entrüstung jener Vorschlag damals von den deutschen Streichholzfabricaten und von der deutschen Handelspresse abgelehnt wurde! Man konnte lesen, daß jetzt jedem Deutschen die Augen darüber geöffnet würden, was dem deutschen Zündholzverbraucher bevorstehe, wenn man mit dem schwedisch-amerikanischen Kapital zusammengehe.

Die deutsche Regierung sollte sich den Wünschen der Zündholzindustrie auf Unterstützung zur Erhaltung ihrer nationalen Selbstständigkeit nicht länger verschließen.

Der Leser dieser Zeilen möge sich, wenn er die historische Schilderung des Kampfes um das Streichholz zu Ende gelesen hat, an die eben zitierten Bemerkungen erinnern. Dabei soll er auch nicht vergessen, welchen Ursachen die Führer der deutschen Zündholzindustrie immer wieder an ihrer schwierigen Lage die Schuld gegeben haben. Erst war es der zu rasche Steuererhöhung, dann sollte es die zu leicht erlaubte Streichholzeinfuhr sein, und zuletzt waren die Feuerzeuge daran schuld, die von der Regierung einseitig begünstigt würden.

## 7. Die Ursachen der deutschen Zündholzkrise.

In Wirklichkeit lagen die Verhältnisse anders. Erst war es die Sucht nach großen Gewinnen, die das Kapital in die Zündholzindustrie trieb. Aber schon vor dem Kriege war häufig die Produktion der deutschen Zündholzindustrie nur zur Hälfte ausgenutzt. Dann kam die schone Monopolzeit des Krieges und der Inflation. Als die freie Konkurrenz eintrat, rückte die technische Entwicklung wieder in den Vordergrund. Die modernen und kapitalkräftigen Betriebe vergrößerten ihre Produktionsfähigkeit. Damit verschob sich das Schwergewicht in der Industrie immer mehr. Die Modernisierung vergrößerte die Überproduktion der deutschen Zündholzindustrie ständig weiter. Diese modernen Betriebe siegten auf dem Auslandsmarkt. Die unmodernen konnten nicht nach dem Auslandsmarkt ausweichen, denn dort waren sie gegen den schwedisch-amerikanischen Zündholztrust erst recht konkurrenzunfähig.

Was sich in Deutschland abspielte, wiederholte sich in den übrigen europäischen Ländern. Dazu kam, daß der neu aufgeblühte Nationalismus überall neue "nationale" Streichholzindustrien entstehen ließ. Von Litauen bis Polen, von der Tschechoslowakei bis nach Frankreich, überall gingen in der Streichholzindustrie erhebliche Veränderungen vor sich, und

überall sprach der schwedische Zündholztrust mit seinem schwedisch-amerikanischen Geld ein wichtiges Wort mit.

Betrachten wir ein Sonderbeispiel.

## 8. Das polnische Beispiel.

Vor dem Kriege gab es in jenen Provinzen, die das heutige Polen ausmachen, nicht mehr als fünf Streichholzfabricaten. Nach dem Kriege aber war Polen ein Staat geworden. Es wollte seine eigene Industrie haben und auch kein Streichholz im Auslande kaufen. So bestanden 1921 in Polen schon elf Fabricaten mit einer Produktion von 86 000 Kisten. Im Jahre 1923 waren es bereits 19 Fabricaten mit 170 000 Kisten Jahresleistung. Im Jahre 1924 gingen sieben Fabricaten ein, denn der Zündholzschmuggel nach Rußland und Litauen hatte nachgelassen und der Export nach England, Frankreich, Holland und Dänemark stieg auf harke Konkurrenz. Andere Länder kamen für den polnischen Zündholzexport kaum in Betracht, zumal die Türkei sich ein Zündholzmonopol schuf. In Rumänien wurde das polnische Streichholz von dem tschechoslowakischen Streichholz bekämpft, es kam sogar auf den polnischen Markt. Der Schluss war, daß Mitte 1925 der polnische Staat eine Art von Zündholzmonopol einführte, dessen technische und wirtschaftliche Leitung vom Zündholztrust in die Hand genommen wurde.

## 9. Der zweite deutsche Vertrüffungsversuch.

Ende des Jahres 1924 war die deutsche Handelspresse voll von Nachrichten über mißglückte internationale Transaktionen des schwedischen Zündholztrustes.

Mitte 1925 konnte man dennoch hören, in München Verhandlungen zwischen dem Verein Deutscher Zündholzfabricaten und maßgebenden Firmen des Zündholztrustes stattfinden. Es sollte ein deutsches Zündholzsyndikat in Freundschaft mit dem internationalen Zündholztrust herbeigeführt werden. Man wollte sich gleichzeitig mit den österreichischen, den polnischen und den tschechischen Fabricaten über die Preise einigen. Es sollte sogar eine Vereinigung über Bezug des Holzes erfolgen.

Kurz danach mußten die Blätter mitteilen, daß man über den "Stand einer Fühlungnahme" überhaupt nicht hinausgekommen sei. Und zuletzt wurde bekannt, daß die Verhandlungen vollkommen aussichtslos verlaufen seien, weil zahlreiche Streichholzfabricaten "gar keine Solawechsel geben können". Diese Bemerkung bedeutete, daß man versucht hatte, einen festen Streichholzpreis zu schaffen. Jeder, der unterschrieb, sollte sich durch einen Solawechsel zur Einhaltung der Preise verpflichten. Sobald er den Preis nicht einhielt, sollte die durch den Wechsel gesicherte Vertragsstrafe sofort fällig werden.

Es kam also nicht zur Preiseinigung, weil diese Leute es wieder so machen, wie es früher der Fall war, daß sie unter dem Schutz einer Preisvereinbarung noch viel mehr schledern".

So scheiterte der zweite deutsche Versuch, mit den schwedischen Trustleuten gemeinsam ein deutsches Zündholzsyndikat zu gründen.

## 10. Erfolge des Trusts.

Der Jabel über die unerfüllt gebliebenen Hoffnungen, die der Zündholztrust für seine Weltanschauung gehabt habe, mußte in jenen Tagen verstummen. Er hatte zwar nicht die Errichtung moderner Zündholzfabricaten in Frankreich erreicht — das Monopol war nicht aufgehoben worden —, auch in Deutschland war es noch zu keiner Klarheit gekommen und die japanische Konkurrenz wurde sehr fühlbar. Dafür aber ging der Trust in Indien rasch vorwärts. Es wurden Fabricaten in Ceylon und in Burma erworben, modernisiert und vergrößert. Und zuletzt gelang es, eine Interessengemeinschaft mit drei der bedeutsamsten japanischen Konzerne zu bringen. Weiter hatte man sich in Holland, in Belgien, in der Schweiz und in Peru ausgedehnt.

## 11. Der schwedische Zündholztrust in Deutschland auf dem Vormarsch.

Im fünften Abschnitt ist schon kurz gestreift worden, welche Interessen der schwedisch-amerikanische Zündholztrust in Deutschland entwickelt hat. Er begann damit im Jahre 1920. Er kaufte damals die Aktienmehrheit von Stahl u. Nölke in Kassel und diejenige der ehemals Lauenburger Deutschen Zündholzfabricat A.-G. Nachdem der Trust erst in diesen beiden deutschen Unternehmungen saß, hörte der Ankauf weiterer Fabricaten nicht mehr auf. So kamen zu Stahl u. Nölke die Fabricaten Heinze u. Bischoff in Koswig, Richard in Schmiedeberg, Reese in Aken, Polar in Ahrensburg in Westfalen. Dann wurde eine neue Gesellschaft gegründet, die A.-G. Mitteldeutsche Zündholzfabricaten in Hamburg. Diese erwarb die Fabricaten von Gadamer u. Jäger, Dittersbach, und von Reichenbach und Bessunger in Niederramstadt. Dann wurde die Norddeutsche Zündholzfabricat A.-G. in Berlin gegründet. Diese übernahm die Zündholzfabricaten von Kolpe u. Sohn in Janowitz i. Pom. Dann folgten die Friedrich Speidel in Neustadt am Rennsteig und eine ganze Reihe anderer Aktiengesellschaften.

Um die Jahreswende 1925/26 erlebten die deutschen Streichholzfabricaten eine weitere Überraschung. In Süddeutschland sah die Union Vereinigte Zündholzfabricaten in Ingolstadt, die unter Führung eines bayerischen Bankhauses offiziell ihre Selbstständigkeit immer wieder betonte. In diesem Unternehmen erschien plötzlich ein Herr Regendanz. Niemand wußte eigentlich recht, wie er zu dem Aufsichtsratsmandat gekommen war. Man sprach von holländischem Kapital. Aber Herr Regendanz war auch Vorsitzender des Aufsichtsrats in der schon erwähnten Norddeutschen Zündholzfabricat A.-G. Mit der Union Vereinigte Zündholzfabricaten in Ingolstadt zusammen gründete er die Süddeutsche Zündholzfabricat A.-G. München. Darauf klärte sich das Orakel. Herr Regendanz gab sich als Freund des schwedischen Zündholztrustes zu erkennen. Fabrik nach Fabrik wechselte der Besitzer. Mitunter geschah es nur, damit sie dann stillgelegt werden konnten. Vor, wo der schwedische Trust nicht offen auftreten konnte,

## Der Proletarier

hat er, wie eben geschildert, im Gewande der Trustgegner-schaft auf. Es war erstaunlich. Dieser "Trustgegner" hatte für eine Industrie, die zur Hälfte bankrott war und sich als international wettbewerbsunfähig herausgestellt hatte, erhebliche Kapitalien übrig. Praktisch war das die Einkreisung der deutschen Zündholzindustrie.

Der Trust arbeitete ganz systematisch. So gab er sich im besonderen Mühe, die Fabriken, die Strohholzmaschinen herstellen, in die Hände zu bekommen. Das gelang ihm auch.

## Machterweiterung der Continental in Hannover.

Schon seit Jahren kursierten Gerüchte, daß die größte der deutschen Gummifabriken, die Continental in Hannover, sich mit den Hannoverschen Gummiwerken Excelsior A.-G. fusionieren würde. Die Gerüchte waren aber jedesmal verfrüht. In der vorsichtigen ordentlichen Generalversammlung der Hannoverschen Gummiwerke Excelsior A.-G. lag ein Verschmelzungsvortrag vor, der jedoch abgelehnt wurde. Eingeweihte wußten schon damals, daß die Ablehnung der Fusion nicht das Ende der Fusionbestrebungen bedeutet.

In der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung der Excelsior vertraten 38 Aktionäre ein Aktienkapital von 4 459 700 Mark mit 222 985 Stimmen. Wie aus der Anwesenheitsliste hervorging, verfügte der Vertreter der "Continental" über 197 083 Stimmen mit einem Aktienkapital von 8 441 280 Mark. Das Aktienkapital der Excelsior beträgt 6 Millionen Mark. Die Continental besitzt also eine Mehrheit der Aktien genannter Firma von annähernd ½ des Gesamtkapitals. Das kam auch bei der Neuwahl des Aufsichtsrates dadurch zum Ausdruck, daß der Generaldirektor Lischko von der Continental und Dr. Caspar, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Continental, in den Aufsichtsrat der Excelsior gewählt wurden.

Eisher haben die Continental und die Excelsior schon freund-nachbarschaft miteinander gearbeitet. Durch die Erwerbung des größten Teiles des Aktienkapitals hat sich die Continental nunmehr auch offiziell ausschlaggebenden Einfluß auf die Excelsior gesichert. Eine vollständige Verschmelzung beider Firmen ist nur noch eine Frage der Zeit.

G. Haupt.

## Nahrungsmittel-Industrie

## Unfallschlag in der Nahrungsmittel-Industrie.

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 27 und 28 des "Proletariers" eine Besprechung über den Tätigkeitsbericht des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft. Dabei haben wir ausdrücklich Protest gegen die Bevormundung der Berufsgenossenschaften durch die Reichsbehörden bei ihrer Berichterstattung erhoben. Nach einem uns vorliegenden Bericht haben sich nun die Vertreter der Versicherten gemeinsam mit dem Vorstand der NJB. mit dem Bericht des technischen Aufsichtsdienstes beschäftigt, wobei die behördlichen Maßnahmen in der Aussprache ebenfalls eine wesentliche Rolle spielten. Eine längere Entschließung wurde ange nommen, aus der wir unseren Mitgliedern die entscheidenden Stellen nachstehend zur Kenntnis zu bringen:

Gegen die Ausweisung des Reichsversicherungsamtes an die Berufsgenossenschaften für Erstattung der Jahresberichte ist nachdrücklich Einspruch zu erheben. Mit solchen Ausweisungen wird jede freie Berichterstattung systematisch beseitigt. Wenn polemische und kritische Erörterungen, insbesondere bei dem Kapitel "Verkehr mit Behörden" unverbleiben sollen, dann heißt das nichts anderes, als die Maßnahmen der Behörden für unfehlbar erklären und der Gewerbeaufsicht einen noch größeren Einfluß auf diesem Gebiet einzuräumen, den sie bedauerlicherweise zum allergrößten Schaden des deutschen Arbeiters bereits eintunmt.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes macht sich von Jahr zu Jahr eine immer stärker werdende behördliche Bevormundung durch papierne Vorschriften, Unfallbilanzen usw. bemerkbar, die in keiner Weise geeignet ist, den wirklichen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen.

Die alljährlich zur Beratung der Berichte des technischen Aufsichtsdienstes der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft gezeigten Sicherungsberichte empfinden es als eine Brüderlichkeit der Arbeiter sondergleichen, wenn der Berufsgenossenschaft für ihre Berichterstattung Vorschriften auferlegt werden.

Alsdann wird in der Entschließung Aushebung der eingenden Bestimmungen durch das Reichsversicherungamt gefordert. Dem Genossenschaftsvorstand und dem technischen Aufsichtsdienst wird Dank und Anerkennung für ihre Tätigkeit im Interesse des Unfallschutzes ausgesprochen. Über die Herausgabe von Unfallbilanzen wird folgendes gelegt:

Die Versicherungsvereine erheben Einspruch gegen die Herausgabe verschiedener Unfallbilanzen, die nicht geeignet sind, den Arbeiter lebens zu stützen, sondern die zum großen Teil den Eintritt erwecken, als ob sie der breiten Öffentlichkeit zeigen sollten, daß etwas für den Arbeiterschutz geschehe. Verschiedene Unfallbilder können über eng als wirkliche moralische Unfallverhütungsmittel nicht angesehen werden. Wenn zum Beispiel durch Verschärfen der Sicherungen, Jahrtausendeleidungen usw. gefordert werden, kann nicht auf den Unfallbildern, die zum großen Teil angebliche Maschinen zeigen, ausgeführt werden: "Schäge Dich selbst! Zeige eugnädige Kleidung!"

Es wird darum nur der Eintritt erwartet, als ob lediglich der Erzieher die Schal am Knie trägt, und er mit anzupassen habe, um Unfälle zu verhindern.

Zu der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten wird in der Entschließung dersehr kritik geübt. Es wird gefordert, daß beim Maschinenabsatz nur wirklich sachverständige Leute zugezogen werden. Desgleichen wird Protest erhoben gegen die Herausgabe eines "Codes vom Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung über Sicherheit und Betriebssicherheit, das von Nicht-sachverständigen bearbeitet wird. Auch zum Maschinenabsatzgesetz zieht die Entschließung wie folgt Stellung:

Zur ers des Gedankens heraus, daß die nächste Scherzer und Maschinenabsatz des Behörden ihren Willen aufzeigt, ist es reizvoller, daß des Reichsarbeitssicherheitsamtes bis heute noch nicht ernsthafte Schritte unternommen hat, um das von der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft nachweislich seit 20 Jahren geforderte Maschinenabsatzgesetz in die Wege zu leiten. Zug einer freiwilligen Vereinbarung der Berufsgenossenschaft mit den Maschinenabsatzbeamten seijet die Industrie weiter eine Menge ungefähriger Maschinen in die Betriebe und ist dadurch zu verzeichnen, daß die Unfallgefahr von Jahr zu Jahr ge-gegenüber werden.

Wir verlangen, daß nun endlich im Interesse des Arbeiters ein Maschinenabsatzgesetz erlassen wird, das die Maschinenbauanstalten verpflichtet, die neuen fertiggestellten Maschinen nur in ausreichend gesichertem Zustand an die Betriebe zu verkaufen.

Nicht neue Statistiken und Vorschriften, die nur unproduktive Arbeitsverteilung bedingen, brauchen wir, sondern wir wünschen, daß endlich der Arbeiter nicht länger von den betreffenden Stellen als Objekt der Gesetzgebung betrachtet wird."

Eine der Hauptforderungen ist ein Maschinenabsatzgesetz. Der nötige Unfallschlag muß beim Bau der Maschine angebracht werden, weil die Anbringung nachher der Kosten wegen unterbleibt.

Anschließend an die Vorsitzesitzung fand die Genossenschaftsversammlung statt, in der eine ähnliche Entschließung angenommen wurde, wie sie von den Vertretern der Versicherten beim Vorstand der NJB. vorgelegt worden war. In dieser Entschließung heißt es zum Schluss:

"Die Genossenschaftsversammlung verlangt, daß endlich den jahrelangen, in den Berichten gemachten praktischen Vorschlägen nachgegangen wird, damit dieselben nicht recht behalten, die sagen, daß in Deutschland die Arbeiterschutzbestimmungen nur auf dem Papier stehen.

Auch dagegen legt die Genossenschaftsversammlung Verwahrung ein, daß die Reichsarbeitsverwaltung sich veranlaßt geführt hat, Belehrrede über den lebensjährigen Bericht des technischen Aufsichtsdienstes der NJB. zu erheben.

Durch solche Maßnahmen ist dann anscheinend erst die Verfügung des Reichsversicherungsamtes entstanden, die die freie Berichterstattung in unzulässiger Weise beseitelt. Was jedem Staatsbürger nach dem Gesetz gewährleistet ist, muss hier, wo es sich um die Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen, also der Allgemeinheit, handelt, erst recht gefordert werden. Deshalb wird der Genossenschaftsvorstand erneut, beim Reichsarbeitsminister um Aufhebung der unzulässigen Verfassung vorstellig zu werden."

Es ist erfreulich, daß sich auch eine Genossenschaftsversammlung findet, die in unzweideutiger Weise gegen den Versuch protestiert, daß den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften bei ihrer Kritik den Behörden gegenüber ein Maulkorb vorgehängt werden soll. Hoffentlich schließen sich diesem Protest andere Berufsgenossenschaften an, damit das Reichsversicherungamt gezwungen wird, seine Verfügung aufzuheben. Solange das nicht geschieht, ist es Sache der Arbeiterschaft und ihrer Presse, Kritik zu üben.

E. S.

## Papier-Industrie

## Unfallgefahr in der Papiererzeugungs-Industrie.

## II.

Im ersten Artikel haben wir die der Papiermacher-Berufsgenossenschaft zur Anzeige gebrachten Verfallsfälle behandelt. Dieser Artikel soll den Unfallfolgen gewidmet sein. Der Beweis, daß es sich bei den in der Papiererzeugungs-Industrie vorkommenden Unfällen nicht nur um solche leichterer Art handelt, bei denen nach einigen Krankheitswochen der Gesundheitszustand der Verunglückten wenigstens so weit wieder hergestellt ist, daß die Papiermacher-Berufsgenossenschaft keine Verpflichtung zur Unfallentschädigung sieht, geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor, die wir für die letzten 20 Jahre aus den Berichten der Papiermacher-Berufsgenossenschaft zusammengestellt haben, und die wir nachstehend veröffentlicht.

## Unfälle mit völiger, teilweise und vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.

Jahr	Erwerbsunfähigkeit		
	völlig	teilweise	vorübergehend
1906	8	299	379
1907	9	334	390
1908	6	341	421
1909	4	343	402
1910	2	325	486
1911	4	274	500
1912	—	293	446
1913	1	307	507
1914	1	288	391
1915	—	266	300
1916	3	306	386
1917	3	359	374
1918	6	335	394
1919	3	365	394
1920	2	291	297
1921	1	305	317
1922	2	263	345
1923	1	490	—
1924	3	517	—
1925	1	624	—
	60	6905	6679

Nach dieser Zusammenstellung sind innerhalb der letzten 20 Jahre — von 1906 bis 1925 — infolge von Betriebsunfällen 13 644 Arbeiter völlig, teilweise oder vorübergehend erwerbsunfähig geworden. Rechnet man dazu die im gleichen Zeitraum tödlich verunglückten 1324 Arbeitnehmer, so erhält sich damit die Zahl der infolge Betriebsunfälle aus dem Arbeitsprozeß völlig oder teilweise ausgeschiedener Arbeitnehmer auf 14 968. Danach führen 15,92 Prozent in den letzten 20 Jahren der Papiermacher-Berufsgenossenschaft angemeldeten Unfälle zum Tode, oder zur völligen, oder zur teilweisen, oder zur vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt dieser Prozentsatz, daß die Unfallgefahr in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie nicht unterschätzt werden darf, und daß alles getan werden muß, um durch Förderung von Sicherheitsmaßnahmen und durch Ausbildungsaufwand unter der Arbeiterschaft die Unfallgefahr zurückzudrängen.

Bei den innerhalb der letzten 20 Jahre — von 1906 bis 1925 — der Papiermacher-Berufsgenossenschaft angemeldeten Betriebsunfällen führten 1324 zum Tode. Damit sind 1,4 Prozent aller in diesem Zeitraum der Papiermacher-Berufsgenossenschaft angemeldeten Unfälle tödlich verlaufen. Diese 1324 tödlich verunglückten Arbeitnehmer hinterließen 2353 Witwen, Kinder und unterhaltungspflichtige Personen. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung geben die Unfälle mit Todesfolge für die einzelnen Jahre, sowie die

Zahl der Hinterbliebenen, getrennt nach Witwen, Kindern und sonstigen unterhaltungspflichtigen Angehörigen, hervor:

## Tödlich verlaufene Unfälle.

Jahr	Unfälle mit Todesfolge	Zahl der Hinterbliebenen: Witwen	Kinder	Witwen und Kinder	Hinterbliebener zusammen
1906	57	36	79	3	118
1907	59	49	94	1	144
1908	57	35	57	6	98
1909	51	46	110	5	161
1910	50	84	66	1	100
1911	59	38	88	3	129
1912	73	89	112	1	172
1913	61	42	66	3	111
1914	50	36	77	3	116
1915	78	80	77	8	136
1916	92	60	94	4	158
1917	83	55	81	1	137
1918	66	40	51	7	98
1919	91	54	71	6	181
1920	83	58	70	9	187
1921	65	44	68	4	119
1922	76	7	?	7	?
1923	59	38	67	3	108
1924	63	48	57	3	108
1925	60	40	44	2	86
	1824	882	1428	78	2368

Für das Jahr 1922 ist die Zahl der Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeitnehmer in dem Bericht der Papiermacher-Berufsgenossenschaft nicht angegeben. Wenn man den Durchschnitt der Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeitnehmer, so dürften sich die Gesamtzahl der in den letzten 20 Jahren vorhandenen Hinterbliebenen der durch Unfall getöteten Arbeiter auf rund 2500 erhöhen.

Im nächsten Artikel werden wir uns mit den bemerkenswerten Unfällen und der Schuldfrage auf Grund des Verwaltungsberichtes der Papiermacher-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1925 näher befassen.

G. Stuhler.

## Erwerbsgesellschaft, G. m. b. H., Wohltätigkeitsgesellschaft.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß es auch Erwerbsgesellschaften gibt, die eigentlich gar keine solchen sind, sondern Gesellschaften zur Pflege der Wohlfahrt. Mit wurde dieses bekannt, als ich vor einiger Zeit mit einem führenden Herrn aus der Papierhütten-Industrie, der stolz der Donau seinen Betrieb hat, von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sprach. Er fühlte aus:

Schon seit Jahren leben wir von der Substanz, denn seit Jahren zahlen wir immerfort drauf. Ach, die Konkurrenz! Sie nimmt uns jeden Auftrag, denn sie arbeitet viel billiger als wir mit unseren Lohnabhängigen. Sie bezahlt wesentlich niedrigere Löhne, und manche Erleichterungen gewährt sie ihren Abnehmern. Kurz, sie bedient den Markt! — Ich weiß nicht, was noch werden soll. Nicht, daß ich den Augenblick nicht genügt hätte! Alle möglichen technischen Verbesserungen habe ich schon längst vorgenommen, die Löhne habe ich schon bedeutend abgebaut, die Hälfte meiner Arbeiterschaft entlassen und die noch beschäftigte — behalte ich aus Mitleid. Man hat doch auch menschliches Empfinden! Die rasch zu liefernden Aufträge müssen unter Ausnutzung aller noch vorhandenen Kräfte erledigt werden. Wenn die Aufträge auch nicht allzuviel sind, wäre ich doch schon zufrieden, wenn die Verkaufspreise in die Höhe gingen!

Diese Unterhaltung gelte mir die ganze Tot dieser Industrie. Ich bewunderte die rache Erfassung des Augenblicks, die Löhne bedeutend abzubauen, die Hälfte derjenigen zu entlassen, die früher die "Substanz" erarbeiteten.